

vertraulich/confidentiel

**Nationalrat
Wirtschaftskommission**

PROTOKOLL

der ausserordentlichen Sitzung vom 13. September 1991
von 14.00 - 16.20 Uhr, in Bern Parlamentsgebäude,
Zimmer 87

TAGESORDNUNG

1. Ostblock, Wirtschaftshilfe
2. Auswirkungen Ostblock-Entwicklung auf die schweizerische Wirtschaft u. Integration

TEILNEHMER

Präsident: Oehler

Anwesende Mitglieder: Aubry, Biel, Eggly, Etique, Gardiol, Mauch Rolf, Nussbaumer, Reimann Maximilian, Schwab, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer

Entschuldigte Mitglieder: Bühler, Cavadini, Fischer-Sursee, Gysin, Maître, Matthey, Mühlemann, Segmüller, Spälti, Zbinden Hans

Teilnehmer vom EVD:

- Staatssekretär Franz Blankart, BAWI
- Botschafter Rolf Jeker, BAWI
- Hermann Escher, Sektionschef, BAWI, Wirtschaftsmassnahmen für Mittel- u. Osteuropa
- Martin von Walterskirchen, BAWI, Direktionssekretariat
- Hans-Ulrich Mazenauer, Sektionschef, BAWI, Mittel- und Osteuropäische Länder, ECE/UND

Teilnehmer vom EDA:

- Botschafter Jenö Staehelin, Chef der politischen Abteilung I
- Alexei Lautenberg, Minister, Finanz- u. Wirtschaftsdienst
- Felix Meier, stellvertretender Generalsekretär EDA

Kommissionssekretärin: B. Pitteloud

Protokollführerinnen:

- U. In-Albon, deutsch
- G. Québatte, französisch

Rednerliste

Biel : S. 4, 10, 11

Blankart : S. 3, 6, 10, 11, 13, 14, 15

Eggly : S. 3, 11, 13

Escher : S. 8

Jeker : S. 14

Lautenberg : S. 11

Nussbaumer : S. 4

Oehler : S. 3, 6, 10, 11, 13, 14, 15

Reimann : S. 5

Schwab : S. 3

Stahelin : S. 3, 6

Uchtenhagen : S. 5

Vollmer : S. 4, 13

Präsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung, die wir aufgrund Ihrer Anregungen in St. Gallen beschlossen haben, nachdem bezüglich der Osthilfe einige Probleme auftraten. Herr Staatssekretär Blankart vertritt Herrn Bundesrat Delamuraz, welcher aufgrund eines Auslandsaufenthaltes nicht anwesend sein kann.

Der Kredit wurde schon mehrmals versprochen, Schwerpunktländer wurden bestimmt, beispielsweise von Herrn Staatssekretär Jakobi. Angesichts unserer Wirtschaftsentwicklung und der vielen bewilligten Beträge, sammelten sich die Fragen. Um eine Diskussion und eine Flut von Vorstößen in der nächsten Session zu verhindern, halten wir heute diese Sitzung ab. Zudem scheint, dass nicht nur der Bundesrat unterschiedlicher Meinung ist bezüglich Europa, sondern dass möglicherweise auch unterschiedliche Auffassungen im Departement bestehen, betreffend der Kreditverteilung bzw. der Kreditaufteilung. Das sind die Gründe für die heutige Sitzung.

(Der Präsident begrüsst die Sitzungsteilnehmer und eröffnet das Traktandum I.)

Herr Blankart: vgl. Anhang 1

Präsident: Ich danke Herrn Staatssekretär Blankart und möchte Herrn Botschafter Staehelin fragen, ob er bezüglich des "800 Mio.- Kredites" etwas beizufügen hat?

Herr Staehelin: Wie Herr Staatssekretär Blankart bereits gesagt hat, ist die Koordination zwischen EVD und EDA ausgezeichnet. Aus diesem Grunde besteht keine Notwendigkeit für ein Parallelreferat.

(Der Präsident erkundigt sich nach Fragen.)

Herr Schwab: Gorbatschow und Jelzin haben aufgrund einer Hungersnot einen Hilferuf ausgesprochen. Wie wollen Sie sich in dieser Situation verhalten? M.E. sind 800 Mio., angesichts unserer momentanen wirtschaftlichen Situation, eine beträchtliche Summe. Ich bin der Meinung, dass 25 Mio. abzuzweigen wären, um die Hungernden direkt mit Fleisch zu versorgen. Was meinen Sie dazu?

M. Eggly: Je suis préoccupé par la question des pays Baltes. Le premier crédit incorporait les pays Baltes dans l'URSS. Dorénavant il va falloir traiter chacun des pays Baltes séparément. Y a-t-il une action spécifique pour ces pays ou est-ce compris dans le programme pour l'ensemble de ce que l'on peut encore appeler l'URSS? Une solution serait de laisser tel quel le projet pour l'URSS et les Républiques d'URSS et d'avoir un autre programme pour les pays Baltes.

Herr Vollmer: Meine Damen und Herren, der Staatssekretär hat mit Recht darauf hingewiesen, dass sich wirtschaftliche Probleme nicht mit Ideologien lösen lassen. M. E. sollte man in dieser Einschätzung sehr vorsichtig sein. Wir wissen, dass die Marktwirtschaft allein noch kein Garant ist für die politische Demokratie und die Entwicklung in diesen Ländern. Meine Frage bezieht sich auf die Auswahl der Länder und der Projekte. Besteht nicht die Gefahr, dass die Staatsauswahl anstatt nach wirtschaftlichen Kriterien nach ideologischen Kriterien erfolgt? Ich möchte Sie fragen, wie diese Auswahlfrage, angesichts der Probleme, die in anderen Bereichen der Sowjetunion bestehen, diskutiert bzw. wie diese Schwerpunktsetzung vorgenommen wird?

Herr Biel: Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben schon früher über den ersten Kredit diskutiert. Damals herrschte im Parlament die Meinung, es sei nicht genug. Man sagte uns, es würden noch weitere Kredite kommen. Wie steht es eigentlich mit den Engagements der Summen die bereits bewilligt sind, und was hat man damit gemacht? Angesichts unserer heutigen Situation, ist es m. E. wichtig, die Absichten genau zu kennen. Aufgrund unserer Kredite ändert nicht viel an der Situation dieser Länder. Wir wissen, dass wir eigentlich nur eng begrenzte Projekte verfolgen sollten. Dazu fehlen uns jedoch die personellen Mittel. Ich möchte darauf hinweisen, dass unser Unternehmen in einigen Republiken, auch in der Sowjetunion, beteiligt ist. Wir versuchen jedoch, in Form von Beratung und Ausbildung Hilfe zu gewähren, ohne dass wir das Geld "zum Fenster rausschmeissen". Wir haben nicht genügend Ressourcen, um sehr viel mehr zu tun. In der Sowjetunion hat sich wohl die politische Lage, nicht aber die wirtschaftliche Situation verändert. Es fragt sich, ob es nicht besser ist, mit gezielten Methoden zu helfen, anstatt unsere finanziellen Ueberschüsse in diese Regionen zu tragen. Gemäss den Berichten unserer Spezialisten verfaulen die gelagerten Kartoffeln in diesen Ländern, weil die Leute keine Ahnung haben, wie diese zu behandeln sind. Das dafür notwendige Material wäre vorhanden. Hier müssten wir einsetzen. Ich bin mir bewusst, dass wir unter einem gewissen Solidaritätsdruck stehen, denn wir sollten mithelfen eine Entwicklung einigermaßen zu stabilisieren, um eine Explosion zu vermeiden. Man müsste in der Schweiz nach einsatzfreudigen Leuten suchen, die entsandt werden können, um den Menschen in diesen Ländern ganz triviale, aber für sie sehr wichtige Dinge, beizubringen. Ich verlange eine weitergehende Orientierung, v.a. interessieren mich die Erfahrungen, die aufgrund von bereits früher bewilligten Krediten gemacht wurden. Was haben wir schon wo engagiert, und wie nahtlos soll sich dieser neue Kredit an das Bestehende anlehnen? M.E. sollte man das Geld investieren, um personelle Ressourcen wahrzunehmen.

Herr Nussbaumer: Herr Blankart, Sie haben gesagt, dass diese 250 Mio. in Koordination mit der EWR-Kommission und den 24 Geber-Ländern eingesetzt werden. Diese 250 Mio fanden sich im Budget noch bei den "schwarzen Zahlen" und wurden vom Parlament auch mit einem gewissen Enthusiasmus gesprochen. Schon damals herrschte die Meinung, dass unser Engagement gegenüber der Dritten Welt dadurch nicht beeinträchtigt werden dürfe. Ich könnte mir vorstellen, dass diese "800 Mio.-Botschaft" auf wesentlich grössere Schwierigkeiten stossen wird. Bestimmt wird man die Frage aufwerfen, in welchem langfristigen Programm diese "800 Mio.-Hilfe" stehe. Ich möchte an den Marshall- Plan erinnern, nach welchem der Scherbenhaufen in

Europa nach dem 2. Weltkrieg wiederum aufgebaut wurde. Es handelte sich auch damals um eine riesige Summe. Wir stehen heute vor einem vergleichbaren Problem. Die Frage ist folgende: Stehen die Kredite in einem Mehrjahresprogramm? Gibt es einen "Blankart-Plan" für die nächsten Jahre? Sind diese 800 Mio. ein 1-Jahres-Kredit oder ein 5-Jahres-Kredit? Für den Fall, dass dieser Kredit in einem grossen Zusammenhang steht, könnte man eventuell von einem einmaligen Effort sprechen, um dieser Besorgnis zu begegnen. Man müsste diese Tätigkeit ausschliessen von der übrigen Tätigkeit zugunsten der Welt. Somit würde für die Entwicklungsländer weniger Gefahr bestehen, eine schlechtere Betreuung zu erhalten. M.E. müsste man hier den grösseren Rahmen sehen, und ein Mehrjahresprogramm entwickeln. Ist eine kreditmässige Budgetierung auf längere Frist eine Utopie? Für den Fall, dass einfach jeder Staat etwas bewilligt, müsste man eventuell in zwei Jahren wiederum eine grosse Summe bewilligen.

Frau Uchtenhagen: Wir stehen vor einer fast unlösbaren und schwierigen Aufgabe, und es wird auch nicht gelingen, jede Million sinnvoll zu investieren. Hilfe an den Osten bildet für mich momentan, neben der traditionellen Entwicklungshilfe, oberste Priorität. Wenn es dem Westen nicht gelingt diese Länder von der Not zu befreien und ihnen mit der Zeit Märkte zu eröffnen, damit sie ihre Wirtschaft formulieren und sich selber helfen können, entstehen für uns unlösbare Probleme. Neben dem Immigrationsstrom aus dem Süden, hätten wir dann noch den Immigrationsstrom aus dem Osten. Es ist nicht denkbar, dass die südliche Welt total verarmt und uns letztlich politisch auch noch bedroht. Es ist nicht denkbar, dass reiche Demokratien leben können neben total verarmten Ländern. Diesen Ländern zu helfen liegt in unserem ureigensten Interesse, denn letztlich geht es auch um die Existenz des Westens. Frage: Gibt es eine Koordination aller Hilfen? Welches sind die Kriterien für diese Hilfe? Ich teile die Befürchtung von Herrn Vollmer, dass man wirtschaftliche Kriterien auch ideologisch wirtschaftlich interpretiert, und jenen am meisten hilft, die schon etwas an Marktwirtschaft haben. Das ist ja einfacher. Für mich steht zudem das Lindern der Not im Vordergrund, denn wenn in den ehemaligen Sowjetrepubliken im Winter die Not ausbricht, wird das auch politische enorme Probleme geben. Frage: Ist man bereit Not zu lindern, ohne dass jene Partner gewählt werden, mit denen wir später auch Handelsgeschäfte tätigen können? Es scheint mir wichtig, dass wir versuchen, mit andern Ländern zusammen eine Marktwirtschaft zu entwickeln. Hier spielen dann die personellen Ressourcen eine Rolle, die Hilfe zur Selbsthilfe läuft natürlich über das Know-How, über das wir verfügen.

Herr Reimann: Wir dürfen nicht vergessen, dass die Sowjetunion bis vor kurzem eine Gefahr für die freie demokratische Welt war. Sie besaßen eine überdimensionierte Militärmaschinerie, die soviel gekostet hat, dass die finanziellen Ressourcen ungleich verteilt wurden und die menschlichen Bereiche sehr stark darunter gelitten haben. Schuld an dieser Misere ist z.T. die falsche Militärausgabenpolitik dieses Landes. Ich bin bereit, humanitäre Finanzhilfe im Rahmen einer internationalen Solidarität zu gewähren, jedoch nicht bedingungslos. Frage: Haben wir die Gewähr, dass die Sowjetunion die Militärausgaben auf ein Normalmass reduziert? Für den Fall, dass wir diese Sicherheit nicht haben, bestehen meinerseits grösste Bedenken bezüglich einer Kreditgewährung im besprochenen Umfang. Teilt man diese Bedenken im Bundesrat? Erkennt man Symptome, dass bei der heutigen neuen Regierung der Wille besteht, die Militärausgaben auf ein Normalmass zu reduzieren?

Präsident: Ich gestatte mir anzufügen, dass auch die unsinnige Hilfe der UdSSR an Cuba, die angeblich 2.5 Mio. Dollar pro Tag ausmachte, in diesem Zusammenhang zu erwähnen ist.

(Der Präsident bittet Herrn Blankart um die Beantwortung bzw. um die Verteilung der Fragen.)

Herr Blankart: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zuerst einen Ordnungsantrag. Wir sprechen hier über ein Thema, welches vom Bundesrat noch nicht behandelt wurde. Das auferlegt uns natürlich eine gewisse Zurückhaltung in der Beantwortung Ihrer Fragen. Wir können seitens der Verwaltung, dem Bundesrat nicht die Hände binden gegenüber einer parlamentarischen Kommission. Wir teilen Ihnen selbstverständlich unsere diesbezüglichen Ansichten mit bzw. wohin unserer Vorschläge tendieren, wobei diese Äusserungen keinesfalls als Stellungnahme im Namen des Bundesrates interpretiert werden dürfen.

Ich gruppieren die Fragen in zwei Teile: **1.** In Ihre Fragen bezügl. den gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit mit der Bewilligung der 250 Mio. **2.** In Ihre Fragen bezügl. unseren Vorstellungen über den künftigen Kredit, über den der Bundesrat jedoch noch nicht befunden hat.

Mit der Erlaubnis des Präsidenten möchte ich das Wort an Herrn Botschafter Staehelin geben, um zunächst Auskunft zu erteilen, über die Koordination und die Erfahrungen aus der Vergangenheit. Die technisch - wirtschaftlichen Fragen kann Herr Botschafter Jeker, Herr Mazenauer oder Herr Escher beantworten.

Zur Frage von Herrn Vollmer: Es ist klar, dass die Marktwirtschaft kein Garant für Demokratie ist. Die Freiheit schafft auch nicht über Nacht die Marktwirtschaft. Wir müssen die Interdependenzen zwischen diesen wichtigen Begriffen sehen. Die verheissungsvollen Ansätze zur Demokratie werden zu ersticken drohen, wenn wir diesen Ländern nicht helfen Not zu lindern und eine Marktwirtschaft aufzubauen. Das mag ein "Fass ohne Boden" sein, aber wir haben keine andere Wahl. Wir leben in einer Welt, in der neben der Herausforderung der Entwicklungsländer nun eine zweite Herausforderung an uns herantritt. Wenn wir diese nicht konstruktiv und solidarisch angehen, wird über die Umweltverschmutzung, über die Immigration, über die Konfliktträchtigkeit der Probleme, der Effekt auf uns sehr direkt wieder zurückfallen.

Herr Staehelin: Herr Präsident meine Damen und Herren, die Zielsetzung des "250 Mio.-Kredites" war eine politische, nämlich die Förderung des Wandels in Richtung Demokratie - Rechtsstaat - Menschenrechte, begleitet von der Erkenntnis, dass eine derartige Förderung nur möglich ist, durch eine genügende und gleichzeitig wirtschaftliche Absicherung. Diese Zielsetzung gilt nach wie vor, wobei heute in gewissen Ländern zur Förderung gleichzeitig die Sicherung des Wandels tritt. Es gibt Länder, die auf dem Wege politischer Reformen sehr weit gegangen sind, und die Gefahr besteht, dass aufgrund wirtschaftlicher Misere diese politischen Reformen wieder in Frage gestellt werden könnten. Aus diesen Gründen haben wir in unserem Konzept den Begriff der "Konditionalität" eingeführt, indem wir gesagt haben, Voraussetzung für unser Tätigwerden ist das Bestreben, bereit zu sein, politische Reformen durchzuführen und zugleich auch die dafür notwendige wirtschaftliche Basis

zu gewähren, nämlich die freie Marktwirtschaft einzuführen. Dies ist der Ausgangspunkt für die erste und auch für die zweite Botschaft. Die Linderung der Not ist natürlich ein Teil dieses Konzepts, denn die Reformen können nur überleben, wenn es nicht zu Notsituationen kommt, welche undemokratische Entwicklungen fördern.

Zur Frage von Herrn Schwab bezügl. der Nahrungsmittelhilfe: Bis anhin war es so, dass wir keinen Bereich "Humanitäre Hilfe" miteinbezogen haben, weil wir für diesen Bereich einen gesonderten Rahmenkredit haben. Wir stellten fest, dass die Voraussetzungen für einen Rahmenkredit eher auf Katastrophensituationen ausgerichtet sind. Die Voraussetzungen in den Oststaaten sind andere, hier ist eine soziale Not vorhanden, die nicht vergleichbar ist mit derjenigen in den Drittweltländern. Gestützt auf diese Ueberlegungen, beabsichtigen wir dem Bundesrat vorzuschlagen, in der neuen Botschaft den Begriff der "Nachbarschaftshilfe" vorzusehen, der selbst für den Fall, dass die Voraussetzungen der humanitären Hilfe nicht gegeben sind, eine Hilfeleistung ermöglicht. Ich denke an Situationen, bei welchen die Gefahr besteht, dass gravierende soziale Konsequenzen das Reformprogramm in Frage stellen könnten.

Zur Frage von Herrn Eggly bezügl. der Baltischen Staaten: Auch hier muss wiederum zwischen dem ersten und dem zweiten Rahmenkredit unterschieden werden. Im ersten Rahmenkredit wurde gesagt, dass man punktuell und in bescheidenem Ausmass, gewisse Massnahmen für die Sowjetunion vorsehen wird. Wir legten einen Kredit von 5 Mio. zur Seite und sahen klar vor, dass Hilfe an die Zentralregierung bzw. an die Republik geleistet wird. Wir haben bis anhin relativ wenig für die Zentralregierung ausgegeben, Föderalismusseminare etc., und wir haben noch 3 bis 4 Mio. aus dem ersten Rahmenkredit zur Verfügung. Wir gedenken einen Teil davon zugunsten der Baltischen Staaten einzusetzen. Der zweite Rahmenkredit sieht nun vor, dass die Baltischen Staaten die Reformen angehen, so wie es auch die anderen Staaten tun.

Zur Frage von Herrn Vollmer: Ihre Frage wurde schon teilweise beantwortet. Für uns ist die politische Ausrichtung sehr wichtig, gefolgt von der wirtschaftlichen Ausrichtung. Infrastrukturvorhaben sind z.B. sehr wichtig um den wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Ländern zu gewährleisten, denn wir stellen fest, dass Schweizer Investoren von Investitionen in diesen Ländern abgehalten werden, wenn nicht die notwendigen Kommunikationsmöglichkeiten bestehen. Sie können von einem Investor nicht erwarten drei Stunden zu warten, bis er eine Telefonverbindung mit der Schweiz herstellen kann.

Zur Frage von Herrn Biel: Wir werden im Anhang zur ersten Botschaft eine ausführliche Liste erstellen, auf der die bisher finanzierten Projekte aufgeführt sind. Diese Projekte sind jedoch z.T. erst budgetrelevant geworden. Vom "250 Mio.-Kredit" haben wir 95% verpflichtet. Das bedeutet aber nicht, dass wir 95% ausgegeben haben. Wir müssen uns natürlich bemühen, mit diesem Geld sehr sorgfältig umzugehen, damit nicht der Eindruck entsteht, das Geld werde "rausgeschmissen". U. E. müssen wir auch auf dem Gebiet der Vermittlung des Know-How's tätig sein. Unser Konzept beruht auf dem Grundsatz, dass die Umsetzung des Osteuropa- Hilfeprogramm's nicht durch uns erfolgen soll, sondern durch eine Auslagerung der Projekte. Ich behaupte, dass 98% aller Projekte ausgelagert sind. Sie werden von Experten, Konsulenten, Persönlichkeiten oder Institutionen durchgeführt, die das notwendige Know-How haben. Ein weiteres Arbeitsprinzip ist dasjenige, dass wir nicht in die Länder gehen und den Leuten sagen, auf welchem Gebiet sie tätig werden müssen. Wir verlangen von ihnen eine Prioritätenliste. Aufgrund dieser Liste können wir darüber entscheiden, ob wir ein besonderes schweizerisches Know-How anzubieten haben. Dieses Know-How haben wir sicher im Bankensektor, im Tourismussektor, im Bereich der politischen Institutionen etc.

Es ist noch zu früh, um Ihnen eine Evaluation all dessen was getan wurde vorlegen zu können. Viele dieser Projekte sind noch in der Umsetzungsphase. Wir planen eine sorgfältige Evaluation der Tätigkeiten, damit wir aus den Erfahrungen lernen und uns in Zukunft entsprechend verhalten können.

Zur Frage von Herrn Nussbaumer bezügl. der Koordination: Sie funktioniert im Rahmen der EG-24. Zweifelsohne ist die gegenseitige Information wichtig. Es ist in der Tat richtig, die Problematik in einen grösseren Rahmen zu stellen. Sobald der zweite Rahmenkredit bewilligt ist, werden wir versuchen, mit den einzelnen Ländern "Länderprogramme" auszuarbeiten, die unsere Zusammenarbeit mittel- und langfristig definiert.

Zur Frage von Frau Uchtenhagen: Ich glaube, dass der Rahmenkredit und unsere Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa, im weitesten Sinn auch eine sicherheitspolitische Komponente haben. Es muss vermieden werden, Immigrationsströme aus dem Osten zu provozieren. Ich behaupte, dass diese Länder selbst unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen bereit sind zu verharren, wenn Aussichten auf eine wirtschaftliche Besserung bestehen. Schwierig wird es, wenn sie den Eindruck haben, dass keine Besserung eintreten wird.

Zur Frage von Herrn Reimann: Herr Staatssekretär Blankart sagte bereits, dass weder im alten noch im neuen Rahmenkredit eine Finanzhilfe vorgesehen ist. Die grossen Beträge gehen nicht in die Sowjetunion, weil die Voraussetzungen für ein grosses finanzielles Engagement noch nicht gegeben sind. Die Reformprogramme sind zu unpräzise und eine Aktivität der Schweiz gegenüber der Sowjetunion ist sowieso nur in einem multilateralen Rahmen denkbar. Multilateral besteht die Bereitschaft zu einer solchen Aktivität noch nicht, nicht zuletzt auch wegen der zur Zeit noch recht grossen militärischen Ausgaben. Wir schliessen jedoch nicht aus, dass die Voraussetzungen relativ bald gegeben sein könnten, denn die Entwicklung in der Sowjetunion geht schnell voran. Im Augenblick jedoch beschränken wir uns auf Aktivitäten im Bereich der technischen Zusammenarbeit.

Herr Escher: Herr Präsident, meine Damen und Herren, im ersten Rahmenkredit sind die Massnahmen der Finanzhilfe aus zwei Gründen auf Polen konzentriert worden. Einerseits hat der erste Rahmenkredit die politische und wirtschaftliche Konditionalität klar festgehalten. Polen war im Frühjahr 1990 in dieser Hinsicht am weitesten entwickelt. Andererseits war die Wirtschaftssituation Polen's damals am dramatischsten im Vergleich zu anderen Ländern, welche für Unterstützungsmassnahmen in Frage kamen. **Die Finanzhilfe zugunsten Polen's gliedert sich in zwei Instrumente:**

1. Die Kreditgarantie: Die Kreditgarantie, für welche 100 Mio. Franken reserviert sind, erlauben der Schweiz kommerzielle Lieferungen nach Polen zu tätigen, weil die ERG aufgrund des hohen Länderrisikos nicht mehr verfügbar ist. Ca. 95% dieses Betrages haben wir verpflichtet, d.h. wir haben Firmen zugesagt, dass wir ihre Lieferungen garantieren. Diese Lieferungen sind noch nicht alle von der ERG behandelt worden. In diesem Sinne besteht hier eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Engagement auf unserem Niveau, und dem, was tatsächlich bei der ERG in Zürich behandelt worden ist.

Zu Ihrer Information noch eine Sektoraufteilung auf unserem Niveau:

- Ca. 30% der Summe betreffen den kurzfristigen Chemie- und Pharmazeutikbereich. Es handelt sich um Rohstoffe und um Hauptfabrikate, die in verschiedenste polnische Betriebe hineingehen, z.B. in die Textilindustrie.
- Ca. 30% entfallen auf die Maschinenindustrie, z.B. Textilmaschinen und Maschinen im Bereich der Lebensmittelverarbeitung.
- Nicht ganz 30 % decken Infrastrukturmassnahmen; hier geht es z.B. um Lieferungen im Fernmeldebereich.
- Bezüglich des Restbetrages sind noch verschiedenste Bereiche betroffen.

Mit diesen Kreditgarantien haben wir bis anhin gesamthaft ca. 60 Lieferungen in sehr unterschiedlichem Umfang, von Fr. 50'000.- bis maximal 5 Mio. Franken, tätigen können.

2. Die finanziellen Zuschüsse: Es sind finanzielle Zuschüsse in der Höhe von 60 Mio. Fr. vorgesehen. Sie betreffen vier Bereiche nämlich: **Gesundheit, Energie/Umwelt, Kommunikation, Valorisierung der Lebensmittelproduktion.** Im Bereich Gesundheit, wurden z.B. Medikamentenlieferungen zugunsten des polnischen "Roten Kreuzes" finanziert. Im Bereich Energie/Umwelt sind Lieferungen zur Rehabilitierung und umweltmässigen Sanierung eines Kraftwerkes in Vorbereitung. Zudem sind Beratungsmandate in Vorbereitung, um den Betrieb von Kläranlagen zu optimieren. Es ist denkbar, dass aus diesen Beratungsmandaten nachfolgend Materiallieferungen nötig werden. Auf die Bedeutung des Fernmeldenetzes für die privatwirtschaftliche Entwicklung wurde bereits hingewiesen. Im Bereich Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten geht es v.a. um die Markthalle in Possen, wo der schweizerische Lieferanteil im Rahmen dieser Finanzhilfe finanziert wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich bezüglich des Niveaus Schweiz-Polen, um einen nicht rückzahlbaren Beitrag handelt. Der Endbenützer hingegen zahlt zumindest teilweise den Gegenwert seiner Lieferung in polnischer Währung auf ein Konto des polnischen Staates ein. Dieses Konto dient der Unterstützung von Arbeitslosen. Man möchte damit verhindern, dass Marktverzerrungen entstehen und Betriebe Dinge geschenkt bekommen, die sie auch kommerziell finanziert kaufen könnten.

Ich muss noch zwei weitere Bereiche anfügen, die zwar finanziell nicht sehr stark in's Gewicht fallen, aber dennoch wichtig sind für die Auswirkung des Programmes. Der eine Bereich betrifft unser Mandat an das UNIDO-Büro in Zürich, das zum Ziel hat, Kontakte aufzubauen zwischen Investoren in der Schweiz und den mittel- und osteuropäischen Ländern, um Investitionen voranzubringen. Das andere Mandat wurde an die OSEC erteilt, damit die OSEC-Betriebe in Mittel- und Osteuropa, die in die Schweiz exportieren möchten, über mögliche Absatzkanäle, über die Art u. Weise der Produkteanschrift usw., beraten werden, um eben die Handelsbeziehungen zu verstärken. Zusätzlich haben wir aus dem Finanzhilfebereich 16 Mio. für Umweltmassnahmen in Ungarn und der Tschechoslowakei reserviert. Es handelt sich einerseits um die Bearbeitung und Beseitigung toxischer Abfälle und andererseits um die Rehabilitierung von Wäldern. Die Schweiz verfügt in diesen beiden Bereichen, sowohl im Beratungs- als auch im nachfolgenden Lieferbereich, über ein spezifisches Know-How. Aus diesem Grunde wurden diese Bereiche für unsere Interventionen ausgewählt.

Präsident: Es liegt noch die Frage betreffend den 25 Rinder-Millionen offen. Der Bauernverband brachte diese Frage in den letzten Tagen im Sinne eines Vorschlages an die Oeffentlichkeit.

Herr Blankart: Ich kann den Entscheid des Bundesrates nicht vorwegnehmen, werde aber diesen Vorschlag bestimmt weiterleiten. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, was wir seinerzeit für Polen gemacht haben. Es bestand ein grosser Bedarf an Getreide, und wir haben festgestellt, dass das denaturierte Schweizer Getreide um ein Vielfaches teurer war, als das normale Getreide auf dem Weltmarkt. Der Bundesrat hat damals beschlossen, das Getreide mit Devisen in Ungarn zu kaufen, und in Polen gegen Lokalwährung zu verkaufen. Um Wettbewerbsverzerrungen mit den dortigen Bauern zu vermeiden, wurden die Gegenwertsmittel in einen Fond gesteckt, aus dem dann Restrukturierungen der polnischen Landwirtschaft finanziert wurden. Ich hätte Bedenken, landwirtschaftliche Ueberschüsse zu schweizerischen Marktpreisen in diese Länder zu pumpen. Das haben wir z. T. schon gemacht und es ist keine unproblematische Sache. Darüber wird der Bundesrat zu entscheiden haben.

Herr Biel: Offensichtlich werden jetzt im BIGA zusätzliche Länderkategorien bewilligt um Erleichterungen zu schaffen, wenn Leute aus diesen Ländern zur Ausbildung herkommen. M. E. könnte vieles erleichtert werden, wenn der Staat in diesem Bereich die Bürokratie abbauen würde, denn wenn man diese Leute hat, ist es oft eine komplizierte Angelegenheit, eine Bewilligung zu erhalten. Wir können diese Leute nicht schon ein halbes Jahr zum voraus anmelden, denn man weiss ja nie, wie sich die Dinge in den verschiedenen Ländern entwickeln. Ich bitte sehr, wenigstens das Naheliegende, das gar nichts kostet, zu vereinfachen und diesen Leuten die Arbeit zu erleichtern.

(Der Präsident erkundigt sich nach weiteren Fragen bzw. Bemerkungen. Es bestehen keine weiteren Fragen.)

Präsident: Herr Staatssekretär Blankart, wir sind uns natürlich bewusst, dass der Entscheid erst am Montag gefällt wird. Nachdem aber höhere Chefbeamten Hinweise auf diesen "800 Mio.-Kredit" machten, wurde die heutige Diskussion in einem gewissen Sinne provoziert. Deswegen wünschten wir eine vorgängige Information.

Frage: Ich habe vernommen, dass Unstimmigkeiten über die Verwendung des Kredites bestehen. Inwieweit ist das EDA bzw. das EVD verantwortlich für die Verwendung und die Bestimmung der Kredite? Es wurden 600 Mio. mit Einschluss der Wirtschaft, und 200 Mio. ohne Einfluss der Wirtschaft gesprochen, ist diese Frage jetzt geklärt?

Herr Blankart: Zur Frage des Präsidenten: Ich möchte nochmals unterstreichen, dass die diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen EDA und BAWI nicht nur aufgrund jahrelanger und freundschaftlicher Beziehungen, sondern auch aufgrund der Komplementarität und absoluten Notwendigkeit der Absprachen bestens funktioniert. D.h. nicht, dass wir immer gleicher Meinung sind, für diesen Fall aber setzen wir uns zusammen und einigen uns. Das hin und wieder Äusserungen an die Aussenwelt dringen, sei es bewusst oder unbewusst, hängt mit der Redefreiheit des Beamten zusammen. Ich jedenfalls befehle mich immer einer grossen Vorsicht bezüglich

meinen Äusserungen öffentlicher Natur. Wir sehen vor, dass wir ca. einen Schnitt von 2:6 vornehmen, welcher dann auch der Betrag sein wird, der Ihnen zur Bewilligung unterbreitet wird. In diesem Punkt aber, hat der Bundesrat noch zu befinden.

Herr Biel: Würden Sie uns noch verständlich machen, wie der Gesamtbetrag aufgeteilt wird.

Herr Blankart: Der Gesamtbetrag wird in 8 Teile geteilt, 2 Teile würden vom EDA verwaltet und 6 Teile vom BAWI.

M. Eggly: A propos de la procédure, le message pour le deuxième crédit, que le Conseil fédéral sortira lundi, sera-t-il déjà traité lors de la session qui vient?

Le président: Non, ce message n'est d'ailleurs pas encore imprimé.

Präsident: Aber ich muss nochmals betonen, dass dieser Kredit, gestützt auf die Redefreiheit, derart in Diskussion gekommen ist, dass ich glaubte er sei schon zum zweiten mal vergeben. Das war z. T. auch der Eindruck in St. Gallen.

(Es bestehen keine Fragen mehr zu Traktandum I. Es folgt Traktandum II.)

Herr Blankart: vergl. Anhang 2

Herr Lautenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren, einige ganz kurze Bemerkungen noch zur Darlegung von Herrn Staatssekretär Blankart. Ich halte mich umso kürzer, als Sie den Text eines Vortrages* erhalten haben, den ich gehört habe und der genau diesem Thema gewidmet ist. Ich glaube, dass die phänomenale Magnetwirkung der EG auf Mittel- und Osteuropa sowie auf die Sowjetunion, von ganz zentraler Bedeutung ist. Es ist doch frappierend, wie ab Mitte der 80-Jahre zwei völlig divergierende Tendenzen auftraten. Einerseits eine eindeutige Zunahme der Dynamik der Integration im Westen, mit einer absolut klaren Zielvorgabe, und andererseits eine entsprechend schnelle und sich akzelerierende Desintegration im östlichen Teil unseres Kontinents. Mir scheint wichtig, dass wir die Wechselwirkung zwischen diesen beiden Tendenzen in unsere Betrachtungen miteinbeziehen. Es ist ganz klar, dass die Entwicklung innerhalb der EG keine lineare Entwicklung gewesen ist, und auch nicht linear sein wird. Umso wichtiger ist es zu realisieren, wie stark die Vertiefung, namentlich nicht nur bei der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der politischen Union und bei der Vollendung des Binnenmarktes, von der Entwicklung im Osten beeinflussbar ist. Dies geschieht auf drei verschiedenen Ebenen: **1.** Durch die Labilität der politischen Lage in Mittel- und Osteuropa sowie in der Sowjetunion. **2.** Durch die

Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. **3.** Zu der Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich gibt es nicht nur strukturelle Schwierigkeiten in den Ländern, sondern es werden unwahrscheinliche Umweltsummen erforderlich sein, die sich durch das Ausbrechen der 40-jährigen Strukturen in diesem Raum ergeben. Das führt mich zur provisorischen Feststellung, dass auch mit der Variante einer verzögerten Westintegration und der weiteren Integration der EG, der Druck auf die Europäische Gemeinschaft im Hinblick auf eine frühzeitige Erweiterung steigen könnte. Ich glaube, dass wir uns dessen voll bewusst sein müssen. Ich möchte noch anmerken, dass m.E. eine Unterscheidung gemacht werden muss zwischen der europäischen Architektur auf der einen und der europäischen Integration auf der anderen Seite. Es ist so, dass bei der politischen Architektur ein Gesamteuropa angestrebt wird. Bei der Integrationsdynamik wird es sich um eine differenzierte und progressive Entwicklung handeln. Um diesen Punkt zu erläutern, möchte ich eine Unterscheidung machen zwischen den mitteleuropäischen Ländern und den ost- und südosteuropäischen Ländern. In den mitteleuropäischen Ländern, ist der "point of no return" in den Reformen überschritten. Ich würde auch die Baltischen Staaten sehr bald der Gruppe der Mitteleuropäer hinzufügen, aufgrund von historischen und kulturellen Bezügen. Die ost- und südosteuropäischen Länder, d.h. Jugoslawien, Albanien, Bulgarien und Rumänien, müssen gesondert betrachtet werden. Es scheint mir, dass in diesen Ländern das Ziel der Gesellschaftsform noch nicht endgültig stabilisiert ist. Oft wird ein Vergleich zu den Geschehnissen in der DDR vorgenommen. M.E. aber gibt es einen fundamentalen Unterschied, zwischen dem, was in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland geschehen ist, und dem, was jetzt in Osteuropa und der Sowjetunion passiert. In der DDR war der ordnungspolitische Rahmen vorgegeben. Auch die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen waren vorgegeben. In den anderen Ländern muss all dies, auf dem Wege einer jungen Demokratie zuerst erarbeitet werden. Konsensfähigkeit muss vorhanden sein, wobei gerade diesbezüglich in Südosteuropa und in der Sowjetunion eine grosse Ungewissheit besteht. Hier besteht ein Potential für mögliche, hoffentlich nur temporäre Rückschläge.

Noch eine Bemerkung bezüglich der OECD: Interessant am Entscheid vom Juli 1989 war, dass aus Gründen der politischen Vorgabe nicht die OECD gewählt wurde. Die Schweizer Delegation bei der OECD hat sich, nicht ganz ohne Erfolg, dafür eingesetzt, dass man versucht, die OECD als Konzertierungsrahmen für die Strategien der Sowjetunion zu verwenden.

Bemerkung zum "weiteren Rahmen": Bezüglich des Zusammenhangs mit den Bretton-Woods-Institutionen wurde eine Frage gestellt. Ich möchte die Frage jetzt nicht in Bezug auf die Schweiz, sondern eher generell beantworten, um Ihnen zu sagen, welche zentrale Rolle die Bretton-Woods-Institutionen, namentlich der Währungsfond und die Weltbank, einnehmen. Der Fond verpflichtete dieses Jahr ca. 5 Milliarden Dollar für Mittel- und Osteuropa. Die Weltbank tat dasselbe mit 9 Milliarden Dollar. Die Bretton-Woods-Institutionen haben folgende Funktionen: Sie sind die Garanten der wirtschaftlich-systemischen Umstellung. Sie tragen die enorme Verantwortung der Absegnung der makroökonomischen Entwicklung. Zudem stellt der finanzielle Beitrag im Falle des Währungsfonds einen Sockel dar, wobei diese Länder das Zusätzliche selber erarbeiten oder durch andere Aktionen komplettieren müssen. Auch die Rolle der Weltbank ist immens; sie besitzt das grösste Know-How bezüglich dessen, was im Infrastrukturbereich geleistet wird. Am Wirtschaftsgipfel von Paris 1989 wurde eine interessante Entscheidung getroffen. Damals wurde entschieden, dass Polen und Ungarn gewissermassen in den Einflussraum der EG abgegeben werden. Daraus hat sich die EG-24 entwickelt, die heute alle Mittel- und Osteuropäischen Länder umfasst.

Das war ein weitreichender Entscheid, denn dadurch wurde die Folge präjudiziert. Es stellt sich nun die Frage, was mit der Sowjetunion passiert, da aufgrund der strategischen Lage, der Dimension, und der Bedürfnisse der Sowjetunion bzw. ihrer Hauptteile, kaum eine Koordination durch die EG herbeigeführt wird. Es stellt sich die Frage, wie dies erfolgen soll und man kann sagen, dass beim Treffen in Dresden, eine koordinierende Haltung eingenommen wird. Das ist eine sehr weitreichende Entscheidung.

(Der Präsident eröffnet eine Fragerunde.)

M. Eggly: Cette aide, ou coopération avec les pays de l'Est, emprunte plusieurs canaux et utilise un nombre considérable d'institutions internationales ou supranationales. M. Blankart a parlé de l'apport de l'AELE, ce qui m'a fait plaisir puisqu'il y a quelques années j'avais interrogé le Conseil fédéral à ce sujet. Il avait eu l'air de dire que cela serait exploré. Depuis j'avais le sentiment que ma question d'alors était devenue anachronique. J'avais cru comprendre que les pays de l'Est voyaient l'AELE en train de négocier l'EEE comme quelque chose qui allait s'effiloche et peut-être disparaître; l'AELE comme telle ne les intéressait plus vraiment. Etant donné que leurs liens avec la CE sont à organiser, est-il possible que s'établissent des liens spéciaux et propres entre certains pays de l'Est et l'AELE ?

Herr Vollmer: Frage bezüglich der Auswirkung der Krise in Jugoslawien: Wieweit wirkt sich diese Krise auf die Schweiz und auf gewisse Institutionen, z.B. auf die ERG, aus?

Präsident: Ich habe noch eine Frage bezüglich des 25-Mio.-Kredites.

M. Blankart: (à M. Eggly) Votre interpellation est restée comme un mot clé dans nos têtes. Nous avons proposé à nos partenaires de l'AELE d'accepter les pays de l'Europe Centrale dans le libre échange européen lorsqu'ils ont commencé à se libérer. Malheureusement les pays nordiques ont refusé en disant que l'EEE était d'une telle priorité qu'il ne fallait pas alourdir le bateau. Ceci était une prise de position politique entièrement fautive et on aurait très bien pu faire les deux. Sur quoi est venu votre très lucide question qui a donné au Conseil fédéral l'occasion de vous répondre de la façon que vous connaissez. Nous avons prévu un triple pas: le premier serait l'accord de libre échange que nous sommes en train de négocier, le second serait une association sui generis à l'AELE, telle que la Finlande, pour aboutir finalement à une participation pleine et entière à l'AELE classique; ceci serait la base pour s'associer comme membre de l'EEE à un stade ultérieur. Cela montre que l'EEE est peut-être pour ces pays un passage obligé vers leur intégration totale dans l'Europe de demain. Dimanche dernier nous avons repris cette idée. Elle est tombée dans des oreilles ouvertes auprès de nos amis nordiques ne serait-ce que parce qu'ils ont des liens privilégiés d'amitié et de voisinage avec les pays Baltes. Certains pays nordiques ont également une dette morale à payer ayant à l'époque reconnu l'annexion de ces pays par Staline. L'objet de votre interpellation est devenu plus actuel que jamais.

Herr Blankart: Auf Frage von Herrn Vollmer: Der Bürgerkrieg in Jugoslawien hat nicht nur die Wirtschaftstätigkeit des Landes praktisch lahmgelegt, sondern auch das Vertrauen der ausländischen Wirtschaftsakteure und Investoren. Es ist heute kaum möglich, eine Wirtschaftshilfe in die Wege zu leiten, weil wir nicht genau wissen, an wen wir uns wenden sollen. Entsprechend ist auch der Efta-Fond von 100 Mio. Dollar, wovon 30 Mio. schweizerischer Provenienz, für Jugoslawien noch nicht in Kraft getreten. Oesterreich übrigens hat noch nicht ratifiziert. Wir sehen vor, die Modalitäten seiner Benützung im Rahmen der Efta wieder neu zu diskutieren, und je nach Entwicklung in Jugoslawien, eine Aufteilung auf die einzelnen Republiken vorzunehmen. Jugoslawien figuriert unter den Empfängerländern des künftigen Kredites, und wir sehen vor, gezielte Massnahmen zu prüfen, sobald die interne Situation solche erlaubt.

Auf Frage des Präsidenten: Sie haben von 25 Mio. gesprochen, was meinten Sie damit?

Präsident: Es geht um 30 Mio., ich habe mich um 5 Mio. verrechnet.

Herr Blankart: Meines Erachtens sollte man noch auf die Frage in Sachen ERG eingehen. Es scheint mir ein wichtiger Punkt, auch in Bezug auf die Verbindung des künftigen Kredites mit der ERG. Herr Jeker als ehemaliger ERG-Präsident kann hier bestimmt Auskunft erteilen.

Herr Jeker: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich nur kurz zur Frage von Herrn Vollmer Stellung nehmen. Die Antwort ist sehr klar. Die ERG ist geschlossen und es bestehen keine Absichten, etwas daran zu ändern. Jugoslawien teilte gleichzeitig dem Pariser-Club mit, dass frühere Verpflichtungen nicht eingehalten werden können.

Zur ERG-Problematik im ganzen Raum: Die Problematik liegt darin, dass die Kreditfähigkeit dieser Länder stark geschwächt ist. Man stellt auch fest, dass keine normale Bankdarlehen hinzugekommen sind, z.B. verlagert sich in der Sowjetunion die Kreditfähigkeit vom privaten auf den öffentlichen Sektor. Innerhalb von ein bis zwei Jahren werden mehr als 50% der Gesamtverpflichtungen öffentlicher Natur sein, weil die Sowjetunion in den letzten zwei Jahren kurzfristige Bankkredite zurückbezahlt hat. Die ERG musste praktisch in allen osteuropäischen Staaten zurückstecken; die Sowjetunion, Albanien, Bulgarien und Jugoslawien sind geschlossen. Polen wurde erwähnt, es bleibt lediglich noch etwas auf Basis der Ausfallgarantie. Die Ausfallgarantie ist das Instrument geworden um in diesen Bereichen tätig zu bleiben, denn die Länder brauchen diese Kredite. Die ERG's können jedoch aufgrund von Risikoüberlegungen nicht weiterhin offen sein. Aus diesem Grunde enthalten die Rahmenkredite Ausfallgarantien zugunsten solcher Länder vor.

Präsident: Bezüglich des Rahmenkredites stellte ich damals die unpässliche Frage, ob man den überhaupt bewilligen dürfe. Sie stimmten zu, was ich schon damals als Fehler empfand. Das Parlament hat beschlossen, der damaligen Republik einen Kredit zu gewähren. Was geschieht nun aber infolge des Untergangs der Republik? Für den Fall, dass der Bundesrat die Absicht hat, diesen Kredit an die verschiedenen Nachfolgerepubliken aufzuteilen, entspricht dies m. E. nicht mehr dem Entschluss des Parlamentes. Ich möchte gern wissen, wie der Bundesrat dieses Vorgehen rechtlich zu interpretieren gedenkt? Ich werde Ihnen diese Frage noch schriftlich stellen.

Herr Blankart: Zur Frage des Präsidenten: Herr Präsident, dies ist der erste Kredit, der vom Parlament beschlossen, jedoch nicht ausgegeben wurde. Wir werden Ihre Frage sehr genau prüfen und Sie werden gewiss eine schriftliche oder mündliche Antwort erhalten.

(Der Präsident schliesst das Traktandum II und hat noch eine Bemerkung zu Traktandum III.)

Präsident: Ich habe noch eine Bemerkung bezüglich der Behandlung von "Bretton-Woods" am nächsten Dienstag. Ich wurde angefragt, wie wir die Angelegenheit sehen. Ich antwortete, dass wir bei der Kategorie I bleiben. Wir haben vier Stunden eingegeben und ich hoffe, dass die Diskussion nicht um die Frage selbst, sondern um den Inhalt des Kredites geführt wird. Es ist einfach, den Kredit bzw. die Vorlage so zu belagern, dass das Referendum sicher ist, denn wenn das Referendum sicher ist, ist auch der Absturz des Kredites eher wahrscheinlich, wobei der Entwicklungshilfe vermutlich keinen Dienst geleistet würde. Ich sage das nicht aufgrund meiner eigenen Ueberlegungen, sondern weil ich mir einerseits die Schriftfolge aus dem Kreise eines ehemaligen Nationalrates zu Gemüte führte, und andererseits die heute gehörten Chargen berücksichtige. Wir müssen einfach das grosse Ziel sehen, um entsprechend zu gewichten.

Herr Blankart: Dieses Geschäft wird Ihnen von Herrn Bundesrat Stich unterbreitet werden. Herr Minister Lautenberg hat Ihnen eben dargestellt, welche Bedeutung die Weltbank und der Fond bezüglich Mittel- und Osteuropa haben. Ich füge bei, dass wir Fühler ausstrecken, das Finanzdepartement für den Währungsfond und das BAWI für die Weltbank, um Abstimmungsgruppen, Constituencies, zu bilden. Im Osten ist einiges im Fluss, die Baltischen Staaten und auch andere werden den Institutionen beitreten. Glauben Sie nicht, dass wir in vier bis fünf Jahren eine vernünftige Constituency herstellen können. Wenn wir jetzt nicht mitmachen, wo in Ost- und Mitteleuropa die Weltbank und der Währungsfond von vitaler Bedeutung sind, dann wird das von diesen Ländern eindeutig als Mangel an Solidarität angesehen. Das wäre nicht nur zum Nachteil dieser Länder, sondern letztlich auch zum Nachteil der Schweiz bzw. ihres Rufes und ihrer Wirtschaft.

(Der Präsident erkundigt sich nach weiteren Bemerkungen und schliesst die Sitzung.)

Schluss der Sitzung um 16.20 Uhr

Anhang 1

AUSSENWIRTSCHAFTSKOMMISSION DES NATIONALRATES

SITZUNG VOM 13. SEPTEMBER 1991

Wirtschaftsunterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas

Eintretensbemerkungen von

Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des BAWI

Mit der Sowjetunion zerfällt ein zusammenhängendes Imperium, welches am Ende des zweiten Weltkriegs seine grösste Ausdehnung erreichte und vom tschechischen Sudetenland bis zur Beringstrasse, von Danzig und Königsberg an der Ostsee bis Jerivan am Berge Ararat, von Wladiwostok am Pazifik bis Franz-Josefs-Land in der Arktis reichte, ungezählte Völkerschaften: Deutsche, Georgier, Madjaren, Armenier, Rumänen, Ukrainer, Esten, Tscherkessen, Letten, Jakuten, Litauer, Mongolen, Russen, Turkmenen, Tschechen, Tataren, Polen, usw. umfasste, und dessen Untertanen nicht nur durch Partei und KGB, sondern ebenso durch eine zentrale Kommandowirtschaft beherrscht und letztlich um ihr Recht auf Freiheit und Menschenwürde betrogen wurden. Ueber die Gründe des Zerfalls nachzudenken ist müssig: begnügen wir uns mit der Feststellung, dass auch dem letzten Kolonialreich die Stunde geschlagen hat.

Dieser Zerfall erinnert weniger an die Liquidation des British Empire oder der deutschen und französischen Kolonien als vielmehr

-2-

an den Untergang des osmanischen Reiches, dessen Verschwinden mit der explosiven Hinterlassenschaft der Probleme des Nahen Ostens und teilweise des Balkan verbunden ist. Es ist daher sicher am Platz, die seit dem 9. November 1989 eingetretenen Ereignisse, so gross die berechnigte Freude über den Sieg der guten Sache auch sein mag, nüchtern und in Abwägung all unserer Interessen zu betrachten, unsere Prioritäten klar und rasch, aber ohne Hast festzulegen.

Ob im ganzen Raum Demokratien, die diesen Namen verdienen, an die Stelle der Despotien treten werden, vermag heute niemand zu beurteilen. Am klarsten zeichnet sich die von uns erwünschte und zu fördernde Entwicklung in Mitteleuropa, vor allem in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen ab. In jedem Falle haben wir ein Interesse daran, dem Durchbruch unserer wesentlichsten Werte, nämlich Demokratie und Menschenrechte, auch durch unsere Politik zu fördern.

Der 19. August brachte eine wesentliche Wende, weil im Gefolge des Putsches klar wurde, dass sich nach der Deutschen Wiedervereinigung nicht nur der äussere Koloniengürtel, also Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und - weniger beachtet - die Mongolei - definitiv vom bolschewikischen Imperium gelöst hatten. Auch die Sowjetunion selbst, ein Staatsgebilde, welches seit seiner unter Ivan dem Schrecklichen im späten 16. Jahrhundert von den Mongolen zurückeroberten Eigenstaatlichkeit stark expandiert hatte

-3-

(Jahr für Jahr war seither im Durchschnitt ein Territorium von der Grösse der Niederlande dazugekommen), begann für alle sichtbar in seine Einzelteile zu zerfallen. Am spektakulärsten ist diese Entwicklung sicher bei der "Revolution von unten" in den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, mit denen der Bundesrat die Wiederaufnahme der nach ihrer Annexion durch Stalin unterbrochenen diplomatischen Beziehungen vereinbart hat. Vergessen wir aber nicht, dass sich ausser Turkmenien und Kasachstan alle früheren Republiken der UdSSR für unabhängig erklärt haben und die Loslösung von Russland anstreben. Die Ukraine, ein wirtschaftlich durchaus ernstzunehmendes Land mit 51 Mio Einwohnern, verfügt seit Gründung der UNO über einen eigenen Sitz im New Yorker Glaspalast. Es wird sich früher oder später die Frage stellen, ob unsere künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen mit Nachfolgestaaten der UdSSR nur auf die baltischen Republiken beschränkt bleiben können.

Die wirtschaftlichen Probleme lassen sich vereinfacht in folgende Kategorien einteilen:

- **ordnungspolitische Fragen:** dies betrifft das Eigentum an Boden, Produktionsmitteln und Kapital, den Ersatz der zentralen Planung durch Wettbewerb, der staatlichen Preisfestlegung durch einen Markt.

-4-

- **monetäre, makroökonomische Fragen:** Das Geld muss seine Funktion als universell akzeptiertes Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel wiedergewinnen und darf nicht blosser Recheneinheit sein. Eine brauchbare makroökonomische Politik hat einzusetzen, um die galoppierende Inflation zu stabilisieren, und die Voraussetzungen für einen stabilen Wachstumspfad zu schaffen.
- **infrastrukturelle Fragen:** Die vollständig inadäquate Infrastruktur im Telekommunikations-, Transport- und Energiebereich ist im Interesse einer rationellen Güterverteilung zu erneuern.
- **strukturelle Fragen:** unproduktive, umweltschädigende und technologisch völlig rückständige Fabrikationsanlagen sind zu erneuern; die vertikal organisierten Betriebe sind auf eine spezialisierte Produktionsweise umzustellen, deren Finanzierung nicht wie bisher über die Notenpresse sondern durch ein modernes Bankensystem vorzunehmen ist.
- **Fragen der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung und der Einbindung in das Welthandelssystem:** die von den zentralen Planungs- und Verteilungsbehörden erzwungene regionale Spezialisierung der Volkswirtschaften ist allmählich und nach Massgabe der Fortschritte im ordnungspolitischen, makroökonomischen und strukturellen Bereich durch eine Anbindung an die arbeitsteilige

- 5 -

Wirtschaft Westeuropas und eine Einbindung ins Welthandelssystem (GATT, Institute von Bretton-Woods) zu bewerkstelligen.

Jeder Versuch, diese gleichzeitig vorhandenen Probleme einer Lösung näher zu bringen, zerrt die bisher versteckte Arbeitslosigkeit erbarumungslos ans Tageslicht, bewirkt einen Rückgang der Produktion und beschleunigt die Teuerung. **Wir sehen uns also mit einem realen Rückgang des Lebensniveau und den sich daraus ergebenden schwerwiegenden sozialen und auch politischen Konsequenzen konfrontiert.** Die Akzeptanz der Reformen durch die betroffene Bevölkerung dürfte sich zu einer Schlüsselfrage entwickeln.

Es wäre aber falsch, den Schluss zu ziehen, die begonnenen Umstrukturierungen hätten die Krise bewirkt. Die Krise war unausweichlich, wäre in jedem Falle eingetreten, weil die Regierungen dieser Länder versuchten, wirtschaftliche Probleme während Jahrzehnten nicht mit wirtschaftlichen sondern mit ideologischen Ansätzen zu lösen. Dies wissend und in der Hoffnung, den Zerfall aufhalten zu können, versuchte Präsident Gorbatschow den Perestrojka genannten Umbau der Volkswirtschaft auf dem Kommandowege zu bewerkstelligen. Auch besteht kein Grund zur Annahme, die internationalen Unterstützungsprogramme hätten ihr Ziel verfehlt und sollten daher nicht weitergeführt werden.

- 6 -

Vertiefen sich die heute schon unerträglichen Disparitäten zwischen armem Osten und reichem Westen, so wird die Enttäuschung wachsen und Hoffnungslosigkeit um sich greifen. Migrationen nach Westen, mit all ihren Folgen für uns, werden die unausweichliche Folge sein; wachsender Nationalismus und in seinem Gefolge Konflikte, wie wir sie in Jugoslawien erleben würden immer wahrscheinlicher. In jedem Falle würde das Interesse westlicher Investoren an der Region merklich nachlassen und dringend benötigtes Kapital würde in stabileren Regionen eingesetzt. Dieser Entwicklung müssen wir in unserem ureigensten Interesse vorzubeugen suchen. Hilfe und die Schaffung zwischenstaatlicher Beziehungen, die jenen Völkern Hoffnung und unseren Investoren Vertrauen geben, sind vonnöten.

Wir haben alles Interesse, dass die Umstrukturierung effizient an die Hand genommen wird und in geordneten Bahnen abläuft. Die internationale Gemeinschaft hat schon früh begonnen, Unterstützungsprogramme in die Wege zu leiten. So wurde die EG-Kommission mit der Koordination der G-24, der Gruppierung aller Geber- und Empfängerländer solcher Programme beauftragt. Die Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) ist ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Richtung. Sie selbst sprachen am 13. März 1990 einen Kredit von 250 Mio Fr für erste Hilfs-Programme.

Grundsätze unseres Programms

Die Hauptverantwortung für die Umstrukturierung fällt den betroffenen Ländern selbst zu. Unterstützung von aussen kann nur subsidiär zu eigenen Anstrengungen greifen. Die Staaten müssen durch gesetzliche und organisatorische Massnahmen selbst marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen und einen leistungsfähigen Privatsektor fördern.

Wie Sie wissen, unterliegt der Rahmenkredit einer **politischen und wirtschaftlichen Konditionalität**. Wir unterstützen jene Länder in ihren Reformbemühungen, die sich klar erkennbar für die pluralistische Demokratie und das marktwirtschaftlichen System entschieden haben. Heute sind alle mittel- und osteuropäischen Länder auf diesem Weg, wenn auch wesentliche graduelle Unterschiede bestehen. Auch in der Sowjetunion scheinen mit dem Scheitern des Putsches wesentliche Hindernisse auf dem Wege zur Demokratie beseitigt worden zu sein, doch sei vor voreiligen Schlüssen gewarnt, weil dieses Land keine demokratischen Traditionen zu entwickeln vermochte und über keinen Mittelstand verfügt.

Unserer Bemühungen sollen insbesondere erreichen:

- dass die Staaten der Region wirtschaftlich nicht zusammenbrechen. Hier geht es um Zahlungsbilanzhilfen, die in enger Zusam-

- 8 -

menarbeit mit dem Währungsfonds im Rahmen der G-24 geleistet werden. {Die Schweiz hat sich bisher am Stabilisierungsfonds für Polen beteiligt (30 Mio \$, 1989, 1990 verlängert) sowie an den Zahlungsbilanzprogrammen zugunsten Ungarns (30 Mio \$) und der CSFR (40 Mio \$). Die Programme zugunsten Rumäniens und Bulgariens sind in Diskussion. Diese Leistungen gehen nicht zulasten des Rahmenkredites von 250 Mio Fr sondern werden auf Basis des Währungsbeschlusses finanziert}.

- Hilfe zur Selbsthilfe: Hier stehen Massnahme zur Ausbildung von Unternehmern, Verwaltungsspezialisten und Berufsleuten sowie der Abschluss von Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen und die Oeffnung unserer Märkte zur Diskussion. Auf die Verhandlungen mit der EFTA über Freihandelsabkommen sowie die EG Assoziationsabkommen der EG werden wir unter dem Traktandum zwei noch zu sprechen kommen.

Der Rahmenkredit vom 13. März 1990 über 250 Mio

50 Mio Fr sind für Aktionen unter der Federführung des EDA reserviert: es geht dabei vor allem um Programme der technischen Zusammenarbeit und Ausbildung (Banken, Sprachlehrer usw) und der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Da Botschafter Jenö Staehelin, der für die Gesamtkoordination des Rahmenkredites zuständig ist, unter uns weilt, will ich hier nur zwei Dinge anfügen: Die Aufteilung des Rahmenkredites auf EDA und BAWI ist von der der Natur der Instrumente vorgegeben: technische Zusammenar-

- 9 -

beit und Ausbildung sind a priori weniger kapitalintensiv als Massnahmen der Finanzhilfe, wo es mitunter um Lieferungen von Investitionsgütern geht. Zweitens hat sich die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Amtstellen im Interesse der Sache ausgezeichnet eingespielt.

Der vom BAWI betreute Teil (200 Mio Fr) des Rahmenkredites befasst sich in erster Linie mit Massnahmen der Finanzhilfe und ist damit spezifisch auf die Wirtschaft ausgerichtet. Im Vordergrund stehen:

- Kreditgarantien. Normalerweise wird die Zusage kommerzieller Kredite an die mittel- und osteuropäischen Staaten von einer ERG Garantie abhängig gemacht. Polen beispielsweise ist so hoch verschuldet, dass die ERG auf Grund gesetzlicher Vorschriften nicht mehr verfügbar ist. Für Importe schweizerischer Produkte werden von den Banken wegen des untragbaren Risikos keine Kredite mehr zur Verfügung gestellt, weshalb sie nur noch auf Basis von Barzahlungen erfolgen können, was angesichts der beschränkten Mittel selbst für den dringenden Bedarf nicht ausreicht. Um dem abzuhelpen, haben wir 100 Mio Fr des ersten Rahmenkredites für Kredit-Garantien von Lieferungen in Sektoren reserviert, die für die Restrukturierung und Entwicklung der polnischen Wirtschaft wichtig sind. Diese Garantien erlauben unserer Industrie auch, wichtige Geschäftsverbindungen aufrecht zu halten. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass alle wichtigen OECD Länder entweder ihre ERG offen halten, indem allfällige

- 10 -

Verluste über das Staatsbudget abgedeckt werden oder aber wie wir Kreditgarantien gewähren.

Wegen der gerade in Polen hohen Verschuldung möchte ich kurz bei diesem Thema bleiben. Polen hat ja im Pariser Club eine Sonderbehandlung erfahren, indem 50% der Schulden gestrichen werden. Weitere 10 % sollen mit sog. Debt for nature swaps getilgt werden. Das Verfahren sieht vor, dass wir aus Mitteln des beantragten 2. Rahmenkredites auf dem Sekundärmarkt polnische Schulden aufkaufen (zum Wert von gegenwärtig etwa 30% des nominalen Wertes) und der polnische Staat sich verpflichtet, den nominalen Wert in lokaler Währung für Projekte im Umweltbereich einzusetzen.

- Finanzierungszuschüsse: Gewisse Lieferungen können nicht auf kommerzieller Basis finanziert werden. Ich denke hier etwa an Investitionen für Umweltschutzmassnahmen, die für den einzelnen Betrieb keine direkte Produktivitätserhöhung bedeuten. Wir wollen hier mit staatlichen Mitteln unterstützend wirken. Dies trifft insbesondere für Polen zu. Deshalb haben wir gemeinsam mit den zuständigen polnischen Behörden die vier Sektoren Gesundheit, Energie/Umwelt, Kommunikation und Valorisierung der landwirtschaftlichen Produktion für derartige Finanzierungszuschüsse ausgewählt.

Der zweite Rahmenkredit

- 11 -

Der zweite Rahmenkredit von 800 Mio Fr, für welchen eine an Sie gerichtete Botschaft voraussichtlich nächsten Montag im Bundesrat behandelt werden wird, verfolgt grundsätzlich die gleichen Zielsetzungen wie der erste. **Der Kreis der begünstigten Länder hingegen soll eine Ausweitung erfahren** und alle Länder Mittel- und Osteuropas (inkl. Albanien und die baltischen Staaten) umfassen. Wie erwähnt, bleibt die Lage in der UdSSR allerdings noch zu unklar, um jetzt schon Definitiveres über eine mögliche Finanzhilfe sagen zu können. Möglicherweise wird sich der Bundesrat dafür entscheiden, dem Parlament diesbezüglich eine kurze Zusatzbotschaft zu unterbreiten, welche im Dringlichkeitsverfahren zu behandeln sein wird. Technische Zusammenarbeit kann indessen mit den 800 Mio Fr in der Sowjetunion bereits geleistet werden.

Lassen Sie mich noch ein Letztes anfügen: 800 Mio Fr sind gleichzeitig sehr viel und sehr wenig Geld. Unser angespanntes Bundesbudget wird durch diesen Betrag erheblich belastet. Dessen sinnvoller Einsatz verlangte grosse Anstrengungen auf Seiten der Verwaltung, welche daher auch entsprechende Personalbegehren angemeldet hat. Gemessen an den riesigen Problemen wird der Betrag aber für sich allein genommen wenig direkte Auswirkungen zeitigen. Es ist deshalb eine gemeinsame Anstrengung der westeuropäischen Länder unerlässlich und es ist undenkbar, dass unser Land an diese Anstrengungen keinen angemessenen Beitrag leistet.

- 12 -

Lassen Sie mich schliessen. Bei der Analyse Mitteleuropas stellt sich die wohl nie abschliessend zu beantwortende Frage nach der historischen Bedingtheit der Umstände, welche den bestehenden geistigen Reichtum und die Vielgestaltigkeit in der Einheit des kreativen Individuums einzubringen vermochten und wie es möglich war, derart begabte Völker über Jahrzehnte zum Schweigen zu bringen. Tatsache ist, dass das einstige Mittelreich des kulturellen Europas zu Randgebieten aufgestückelt worden ist, die sich ihrer unterschiedlichen sozio-oekonomischen Systeme wegen den Rücken kehren und damit marginalisiert worden sind. - Dazu gesellt sich die Abschottung des Marktes. Mitteleuropa ist heute ein Konglomerat von Einzelmärkten, vielfach unproduktiv verschuldet, deren komparative Wettbewerbsvorteile kaum mehr zum Tragen kommen.

Und dennoch, dass Mitteleuropa einer Wirklichkeit entspricht, wird jedem ohne weiteres bewusst, der mit historischer, ästhetischer und vor allem menschlicher Sensibilität zwischen Salzburg und Czernowitz, Dubrovnik und Prag umherreist. Erneut erwacht etwas von jenem liberalen und kosmopolitischen Pluralismus, der mit den beiden Kriegen endgültig begraben schien und der den Charakter einer Schicksalsgemeinschaft zu erkennen gibt.

Wenn es auch der Schweiz gelingt, dazu beizutragen, den vermessenen Stolz ideologisch verbrämter Machtkämpfe zwischen Staaten durch die (in Mitteleuropa besonders ausgeprägte) Herzenshöflichkeit versöhnend aufzufangen, mag die geistige Sammlung ermöglicht werden, die das Zerstückelte zusammenfügt, nicht im Sinne einer

- 13 -

Rückkehr zu jenem, was unter abendlichem Schatten liegt, sondern eines Fortschreitens zu dem, was aus der mitteleuropäischen Vielfalt in frischer Kreativität zu entstehen geeignet ist.

Denn, wie Carl J. Burckhardt 1922 in einem Briefe an Hugo von Hofmannsthal zum Problem Mitteleuropas geschrieben hat, "Rückkehr gibt es keine, nichts Verlorenes wird jemals zurückgewonnen, aber wer treu bleibt und wer es aushält, allein zu sein, der aufersteht vielleicht einmal in sehr fernen Zeiten. Das ist das Geheimnis aller Renaissancen." Und Burckhardt fuhr fort: "Vielleicht wird das Saatkorn nach schweren Niederlagen und Verheerungen im tief durchpflügten Boden einmal wieder aufgehen".*

* Carl Jacob Burckhardt, Brief (aus dem Jahre 1922) an Hugo von Hofmannsthal; in: Gesammelte Werke, Bd. 6, Bern/München/Wien, 1971, S. 47

Anhang 2

~~AUSSEN~~ WIRTSCHAFTSKOMMISSION DES NATIONALRATES

SITZUNG VOM 13. SEPTEMBER 1991

Auswirkungen der Oeffnung der Ostblock-Länder auf die Schweizer
Wirtschaft und die Integration

Einführung von Staatssekretär Franz Blankart

Was auch immer das Ergebnis des in Ost- und Mitteleuropa begonnenen Prozesses sein wird - er wird die künftige Architektur Europas nachhaltig beeinflussen.

Für uns Schweizer steht die Regelung des Verhältnisses zu unseren Nachbarn, vor allem die **EWR**-Verhandlung im Vordergrund. Ich glaube, dass diese Verhandlung durch die Ereignisse im Osten eher beschleunigt wird. Der Zerfall der UdSSR dürfte insbesaondere auch auf **Finnland** nicht ohne Einfluss sein: die Diskussion über den Beitritt in einer relativ nahen Zukunft hat begonnen. Treten Oesterreich, Schweden und vielleicht auch Finnland der Gemeinschaft bei, so wird die EG Nachbarin von Russland, Polen, der Tschechoslovakei, Ungarn, und dem Pulverfass der Balkanstaaten. Die genannten Staaten würde ich übrigens nicht mehr - wie in der Einladung zu unserer Sitzung suggeriert - dem "Ostblock" zuordnen.

-2-

Wie man es auch dreht und wendet: das weitere Schicksal der europäischen Integration ist sehr weitgehend bestimmt vom Rhythmus, der in Brüssel zum Tragen kommen wird. Die **Gemeinschaft** steht vor der Entscheidung, ob sie bedeutende innere Wandlungen vornehmen soll. Neben dem schon in den Römer-Verträgen vorgesehenen Binnenmarkt geht es vor allem um die **Wirtschafts- und Währungsunion** sowie um die **politische Union**. Mit beiden Fragen befassen sich Regierungskonferenzen. Ich messe dem Erfolg oder Misserfolg dieser Regierungskonferenzen eine sehr grosse Bedeutung bei.

Gelingen sie, so wird die Gemeinschaft die Kraft haben, nicht nur mit den Staaten Mitteleuropas Assoziationsabkommen abzuschliessen, wozu klare Marktöffnungssignale seitens Brüssel heute als wichtigere Voraussetzung erscheinen als institutionelle Zugeständnisse, sondern sie dürfte auch in der Lage sein, im Verhältnis zu den Nachfolgerstaaten der Sowjetunion ihre Verantwortung in einer Führungsposition wahrzunehmen.

Misslingen die Regierungskonferenzen, so dürfte die Gemeinschaft nicht die Kraft haben, für alle Mittel- und Osteuropäischen Staaten innerhalb der drängenden Zeit adäquate Lösungen bereitstellen zu können. Diesfalls könnte auch das historische Interesse Deutschlands an einer aktiven Ostpolitik wieder erwachen, ein Umstand der die Achse Bonn (oder Berlin) - Paris wohl belasten würde und kaum der weiteren Stärkung der Gemeinschaft zuträglich wäre. Gewiss kennt Bundeskanzler Kohl und kennen Frankreich und England diese Gefahr sehr genau, weshalb ich gerade in der heutigen Situation

-3-

daran glaube, dass die Entwicklung im Osten einen zusätzlichen Anreiz für den Erfolg der beiden Regierungskonferenzen bilden wird.

Eine Erweiterung in konzentrischen Kreisen - auch nach Osten und Südosten - wäre dann denkbar.

Immerhin, die Möglichkeit eines Misserfolges oder auch anderer unerwarteter Entwicklungen besteht. In diesem Sinne könnte man sich überlegen, ob nicht die EFTA als Auffangbecken für die jungen Demokratien im Uebergang zu dienen vermöchte. Eine solche Funktion könnte, sollte es ihrer bedürfen, nur im Interesse der Gemeinschaft stehen.

Die Wirtschaften Ost- und Mitteleuropas sind ausserordentlich stark auf die UdSSR ausgerichtet. Die Abhängigkeit betrifft die Warenströme und vor allem die Energie. Dies gilt in ganz besonderem Masse für die baltischen Republiken und andere Nachfolgestaaten der UdSSR. Die bestehenden wirtschaftlichen und monetären Bande sind zwar ungesund und beruhen auf wirtschaftlich falschen Prämissen, doch dürfen **diese Staaten keinesfalls ermutigt werden, die bestehenden Bindungen überstürzt abubrechen.**

Im EFTA-Rahmen wird mit Polen, Ungarn und der CSFR über den Abschluss von **Freihandelsabkommen** verhandelt. Sie bezwecken die

-4-

Marktöffnung (rasch seitens der EFTA, etwas langsamer seitens der Mitteleuropäer). Eine **Vertiefung der Beziehungen** zu Bulgarien und Rumänien wird anvisiert. Was die baltischen Staaten betrifft wurde an der EFTA-Ministerkonferenz vom vergangenen Sonntag in Helsinki beschlossen, eine Fact-finding-Mission zuerst des EFTA-Präsidenten und alsdann aller EFTA-Staaten gemeinsam nach dem **Baltikum** zu entsenden. Auf der Grundlage dieser Mission soll der künftig zu wählende Approach (Freihandelsabkommen, Assoziation an die EFTA, etc.) beschlossen werden.

Die Verhandlungen mit Ungarn, Polen und der CSFR harzen, weil die genannten Staaten eine Marktöffnung im Landwirtschaftsbereich verlangen. Dies ist verständlich, erfüllen doch die Agrarprodukte als praktisch einzige Exportgüter die vom Weltmarkt verlangten Qualitätsanforderungen. Zudem sind diese Wirtschaften gerade im Landwirtschaftsbereich sehr leistungsfähig. Dass dies uns Schwierigkeiten bereitet, ist indessen ebenso klar. Kommt hinzu, dass die USA klar zu verstehen gab, sie würden ein Freihandelsabkommen ohne substantielle landwirtschaftliche Deckung im GATT nicht akzeptieren. **Ungarn**, welches in den Verhandlungen eine sehr aktive Rolle spielt, erweist sich als unnachgiebig; die **CSFR** nimmt eine konstruktive Haltung ein, während **Polen** eine geringere Verhandlungsbereitschaft zeigt.

En plus, la Suisse est membre de la Banque Européenne pour la Réconstruction et le Développement (**BERD**). Nous participons à titre de 410 mio Fr au capital et nous disposons d'un siège

- 5 -

permanent au Conseil d'administration et nous délègions un directeur exécutif. Cet institut important n'aura pas seulement un rôle de catalypte mais il pourra également effectuer des emprunts sur les marchés financiers, notamment en Suisse. Cela permet de mobiliser de nouvelles ressources en faveur des pays d'Europe centrale et orientale.

Impact de l'évolution en Europe centrale et orientale sur la situation économique en Suisse

Par le passé, les **échanges commerciaux** entre la Suisse et les pays d'Europe centrale et orientale ont été **modestes**. Ils ont représenté, l'année dernière, 2,6 % du total de nos exportations totales et 1 % de nos importations totales. Nos exportations se composent surtout de machines et de produits chimiques alors que nos importations comprennent principalement des produits énergétiques, des produits agricoles, des produits chimiques de base et des produits textiles.

La profonde **récession** économique qui règne dans toute la région d'Europe centrale et orientale a eu pour conséquence une **réduction du commerce** de la Suisse avec ces pays (-10% en 1990). Comme la mise en oeuvre des réformes ne produira des effets positifs qu'à moyen et long terme, il est à craindre que la situation ne s'améliorera que lentement.

Il n'en reste pas moins que ces pays représentent, pour la Suisse, des **partenaires potentiels de première importance**. Non seulement les **besoins** à satisfaire sont-ils **immenses**, en particulier dans le domaine de l'infrastructure et dans celui des biens d'investissement, mais ces pays et notamment l'URSS ont des contre-parties extrêmement intéressantes à offrir sous la forme de **matières premières et d'énergie** qui permettraient une diversification bienvenue de nos sources d'approvisionnement. Il y a donc place pour un **fort développement** à la fois du **commerce** et des **investissements**. La **proximité géographique** jouera probablement un rôle non négligeable à cet égard. Avec ses 290 millions d'habitants, l'URSS représente un marché potentiel aussi important que celui des USA et les moyens nécessaires devront être mis en oeuvre pour l'exploiter.

**GIBT ES EINE
GESAMTEUROPÄISCHE
INTEGRATIONSDYNAMIK?**

Vortrag von Herrn Minister Alexis P. Lautenberg
Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

vor der Vereinigung Schweizer Kreditfachleute (VSKF),
Uster, zur ordentlichen Mitgliederversammlung

Zürich, 10. September 1991

Zum Thema

Es ist noch nicht allzu lange her, da wäre es einem Gastredner kaum in den Sinn gekommen, im Zusammenhang mit Europa von Dynamik zu sprechen, geschweige denn von einer gesamteuropäischen Integrationsdynamik. Im Gegenteil: Der - durch den "Eisernen Vorhang" zweigeteilte Alte Kontinent erschien gewissermassen als Symbol für Immobilismus und Erstarrung in verkrusteten Strukturen, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Auch die mit sich selbst beschäftigte EG trug massgeblich zu diesem unerfreulichen Erscheinungsbild Europas bei, das man mit Vokabeln wie "Eurosklerose" und "Europessimismus" zu umschreiben pflegte. Es war nicht zuletzt dieses negative Umfeld, das die EG Mitte der 80er Jahre dazu veranlasste, den Integrationsprozess anhand klarer Vorgaben zu beschleunigen und zu diesem Zweck vordringlich die Vollendung des gemeinsamen Marktes entschlossen an die Hand zu nehmen. Die EG löste damit eine ungeahnte Dynamik aus, die sich indes vorerst auf Westeuropa zu beschränken schien. "Westeuropa befindet sich in einer Phase des Aufbruchs", konstatierte der Bundesrat im August 1988 in der Einleitung zu seinem Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess. Gut zwei Jahre später, im November 1990, führte er mit Blick auf die inzwischen erfolgten Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa aus: "Europa befindet sich heute an einem Wendepunkt seiner Geschichte." Und jetzt, nach den dramatischen Ereignissen in der Sowjetunion, steht fest, dass die Wende den gesamten europäischen Kontinent erfasst hat.

Wohin diese Wende führen wird, ist damit allerdings noch nicht beantwortet. Während die EG daran ist, ihre Strukturen auf allen Ebenen zu stärken und auszubauen, muss Mittel- und Osteuropa von Grund auf neue Strukturen schaffen. Die Desintegration der früheren künstlichen Staats- und Wirtschaftsordnung im Osten stellt alle Beteiligten vor völlig neue Herausforderungen. Wird dadurch

- 2 -

der Weg frei für eine gesamteuropäische Integration? Falls dies zutreffen sollte: Mit welchen Schwierigkeiten und Integrations-szenarien ist realistischerweise zu rechnen? Welche Strategien zur Integration der mittel- und osteuropäischen Länder sowie der Sowjetunion bieten sich an? Welche aussenpolitischen und aussen-wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen lassen sich aus Schweizer Sicht ziehen? Diesen Fragen möchte ich im folgenden nachgehen.

Eine wesentliche Vorbemerkung sei mir bereits an dieser Stelle gestattet: Die heutige Ausgangslage in Europa ist durch vielfäl-tige Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. "Panta rei" - alles ist im Fluss, möchte man mit dem griechischen Philo-sophen Heraklit sagen. Im Fluss sind die Prioritäten und die Weiterentwicklung der EG, deren Beziehung zu den EFTA-Staaten, der Reformprozess in Mittel- und Osteuropa und die Verhältnisse in der Sowjetunion. Die Kumulation dieser Unsicherheitsfaktoren sollte zu Vorsicht bezüglich europapolitischer Zukunftsprognosen Anlass geben und lässt die Notwendigkeit einer differenzierten Analyse und Angehensweise erkennen. Ich möchte dies tun, indem ich zunächst auf die genannten Hauptfaktoren und -akteure im europäischen Integrationsgeschehen eingehe. Dabei verzichte ich bewusst auf eine vollständige Auslegeordnung (Rolle u.a. der KSZE und des Europarats), sondern konzentriere mich auf jene Elemente, die mir mit Blick auf die Dynamik des Integrationsprozesses unmittelbar wesentlich scheinen.

EG als massgebende Bezugsgrösse

Unverkennbar nimmt die EG als treibende politische und wirtschaftliche Kraft in Europa eine immer ausgeprägtere Führungsrolle ein. Sie wirkt nicht nur im übrigen Westeuropa, d.h. im EFTA- und im europäischen Mittelmeerraum, als Magnet, ihre Anziehungskraft hat auch Mittel- und Osteuropa voll erfasst. Angesichts der zunehmenden Tendenz zur regionalen Aufteilung der

- 3 -

politischen und wirtschaftlichen Verantwortung unter den grossen Industrienationen ist offensichtlich, dass die EG in Gesamteuropa eine Sonderrolle zu spielen gedenkt. Dementsprechend bestimmt sie auch immer stärker die weltwirtschaftliche Stellung Europas - zwischen Europa und der EG wird in Uebersee oft nicht mehr unterschieden. Die von der EG ausgehende Dynamik wirkt sich nachhaltig auf das Kräfteverhältnis im Mächtedreieck Europa - Vereinigte Staaten - Japan und somit auf das globale Machtgefüge aus.

Vor diesem Hintergrund ist die EG-interne Entwicklung von weitreichender Bedeutung für die gesamteuropäischen Perspektiven. Sie wird indes auf der andern Seite von den Entwicklungen in den andern europäischen Ländern und insbesondere auch in der Sowjetunion beeinflusst - eine Wechselwirkung, deren Bedeutung nicht genug unterstrichen werden kann und die den Fortgang der europäischen Integration als komplexe Angelegenheit erscheinen lässt.

Es würde im Rahmen des vorliegenden Themas zu weit führen, Stand und Aussichten der EG-Integration im Detail darzulegen. Ich begnüge mich daher mit einer skizzenartigen Uebersicht, stets mit Blick auf die gesamteuropäischen Implikationen.

Das Binnenmarktziel als Kernstück der EG-Integrationspolitik ist - mehr als dreissig Jahre nach der Gründung der Gemeinschaft - in Reichweite gerückt. Die Priorität dieses Ziels spiegelt das im Römer Vertrag niedergelegte Konzept des wirtschaftlichen Zusammenschlusses wider, als Basis für eine umfassende Integration, einschliesslich der politischen Finalität der EG. Es ist denn auch in erster Linie das Binnenmarktprojekt, das die übrigen westeuropäischen Staaten in Zugzwang gebracht hat. Die Furcht vor schwerwiegenden wirtschaftlichen Nachteilen und Marginalisierung auf allen Ebenen hat in all diesen Ländern ein ausserordentliches Umdenken bewirkt. Den nach neuen Wirtschaftsstrukturen suchenden mittel- und osteuropäischen Ländern erscheint ein möglichst rascher Anschluss an den EG-Binnenmarkt nicht nur des wirtschaftlichen Integrationsbedürfnisses wegen als erstrebenswert; viel-

- 4 -

mehr hat das Binnenmarktkonzept für sie schlechthin Modellcharakter, bietet es ihnen doch einen klaren Orientierungsmassstab liberaler Prägung.

In der Tat stellt "EG 1992" - was auch hierzulande mitunter zu wenig beachtet bzw. verkannt wird - ein umfassendes Liberalisierungsprogramm dar mit dem Ziel, einen möglichst hindernisfreien europäischen Markt zu schaffen, auf dem für alle wirtschaftlichen Akteure dieselben Spielregeln gelten, seien diese nun staatlicher oder privater Natur. Die Verwirklichung der vier Grundfreiheiten, d.h. des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie der Freizügigkeit für Personen, kommt gemessen an der Ausgangssituation und den zu überwindenden Hindernissen einem beträchtlichen Effort gleich und schafft eine Dynamik, die sich auf den Märkten spürbar niederschlägt und von den Märkten ebenso wahrgenommen wird. Die flankierenden Bereiche (namentlich die gemeinsame Technologie- und Forschungspolitik) sowie die soziale Dimension verdeutlichen die Absicht, auch auf diesen Gebieten konvergente Aktionen zu entwickeln. Das Binnenmarktprojekt hat daher nicht bloss in Europa Signalwirkung, sondern auch ausserhalb: Es ist Herausforderung und Massstab zugleich, zumal es dem weltweit zu beobachtenden Trend zur Bildung grösserer Wirtschaftsräume entspricht.

Die Vollendung des EG-Binnenmarkts - von Skeptikern lange in Zweifel gestellt - ist keine Frage mehr, lediglich der Zeitpunkt seiner Verwirklichung könnte sich in gewissen Bereichen hinauszögern. Aus heutiger Sicht lässt sich feststellen, dass das im Weissbuch vorgesehene Gesetzgebungsprogramm auf EG-Ebene fristgerecht durchgeführt werden dürfte (Mitte dieses Jahres waren 3/4 der erforderlichen Erlasse verabschiedet). Die Umsetzung der EG-Richtlinien in die nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten wird dagegen nicht durchwegs gemäss Plan erfolgen, so dass der Binnenmarkt je nach Sachgebiet und Mitgliedstaat etwas später als vorgesehen Realität werden dürfte. Indessen wird dies seiner Bedeutung für die gesamteuropäische Integrationsdynamik kaum Abbruch tun.

Das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion, auf das die EG gegenwärtig intensiv hinarbeitet, stellt das Korrelat zum Binnenmarkt dar und unterstreicht die der EG-Integrationsstrategie innewohnende Dynamik. Es handelt sich zwar nicht um einen zwingend notwendigen, aber gleichwohl folgerichtigen Schritt im Hinblick auf das Ziel der umfassenden wirtschaftlichen Integration. Die Währungsunion steht in der EG schon seit über zwanzig Jahren zur Diskussion, und der Erfolg des 1979 geschaffenen Europäischen Währungssystems spricht für dessen Weiterentwicklung. Trotz alledem und im Gegensatz zum Binnenmarktprojekt besteht jedoch unter den Mitgliedstaaten noch keine Einigkeit in bezug auf den Zeitplan, die Bedingungen und das Endziel einer Wirtschafts- und Währungsunion. Dies ist sowohl auf objektive wie subjektive Schwierigkeiten zurückzuführen, namentlich auf die weiterhin mangelnde Konvergenz im makroökonomischen Bereich (Budgetdefizite, Staatsverschuldung, Inflationsraten, Zinssätze, Währungsstabilität) zum einen, und zum andern auf die fehlende Bereitschaft auf seiten der Mitgliedstaaten, diese unerlässliche Konvergenz mittels klarer Vorgaben in die Praxis umzusetzen. In dieser Situation zeichnet sich die Möglichkeit eines Vorgehens "à deux vitesses" ab, was selbstverständlich auch Auswirkungen auf die europäischen Nicht-EG-Staaten hätte.

Ebenfalls noch unscharf sind im jetzigen Zeitpunkt die Konturen der geplanten politischen Union. Das Wiedereinbringen der politischen Dimension in den Integrationsprozess - 40 Jahre nach der Schuman-Deklaration - markiert ohne Zweifel einen wichtigen Wendepunkt in der EG-internen Entwicklung. Der Bezug zur dynamischen wirtschaftlichen Integrationsstrategie ist indes nicht zu übersehen. So wie das Binnenmarktprogramm Mitte der 80er Jahre den Anlass zu bedeutenden institutionellen Reformen bildete (Einheitliche Europäische Akte), ist der weiterführende Schritt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion der Motor auf dem Weg zur politischen Union - der deutsche Bundeskanzler hat sogar ausdrücklich auf dieses Junktum hingewiesen. Hinzu kommen zwei äussere Ereignisse, die wesentlich zur Verstärkung des politi-

schen Elements im Integrationsprozess beigetragen haben: Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa sowie die Wiedervereinigung Deutschlands. Die bereits in Angriff genommene Erneuerung der gesamteuropäischen Strukturen wirkt sich sowohl auf der wirtschaftlichen wie auf der politischen Ebene unmittelbar aus.

Allerdings sind die EG-Mitgliedstaaten von einem Konsens in bezug auf die Ausgestaltung der "politischen EG" vorerst noch recht weit entfernt. Zwei Hauptaspekte gilt es dabei zu unterscheiden. Zur Diskussion stehen einerseits die institutionelle Stärkung und Umgestaltung der EG, andererseits die Frage einer gemeinsamen Aussenpolitik und allenfalls Sicherheitspolitik. Beide Elemente hängen aufs engste zusammen, denn ohne institutionelle Reformen lässt sich eine politische Union nicht verwirklichen, und umgekehrt würde der Uebergang zu einer politischen EG deren Charakter tiefgehend verändern. Es geht somit um eine mehr oder weniger weitreichende Revision der "EG-Verfassung", mit den zentralen Fragen der demokratischen Legitimität der EG-Institutionen, der Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive (Kompetenzaufteilung zwischen EG-Kommission, Ministerrat und Parlament) und der politischen Struktur der künftigen EG (Zentralismus versus Föderalismus, Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips). Wie weit die institutionelle Reform gehen wird, hängt sowohl von den Ambitionen in bezug auf eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik als auch von der Entwicklung des gesamteuropäischen Umfelds ab. Je nachdem wird auch der zeitliche Rahmen der politischen Integration variieren. Ein etappenweises Vorgehen wie bei der Wirtschafts- und Währungsunion dürfte eine realistische Annahme sein.

Es liegt auf der Hand, dass interne Entwicklung der EG massgebend für deren Aussenbeziehungen ist. Die fortschreitende Integration und die dominante Rolle der EG in Europa lässt weitere EG-Beitritte als zunehmend logisch und attraktiv erscheinen. Ungeachtet der EWR-Verhandlungen haben Oesterreich und Schweden Beitrittsgesuche gestellt, und die andern skandinavischen Staaten

- 7 -

dürften dem schwedischen Beispiel folgen. Beitrittskandidaten, wenn auch unter etwas anderen Vorzeichen, sind ferner die Türkei, Malta und Zypern. Polen, Ungarn und die CSFR machen kein Hehl aus dem Beitrittsziel, und dies nicht nur aufgrund wirtschaftlicher, sondern ebenso politischer Motive. Neu hinzugekommen sind ferner die baltischen Staaten, die ebenfalls nach einem Anschluss an die EG trachten. Die südosteuropäischen Staaten befürchten ihrerseits, von dieser Dynamik abgekoppelt zu werden. Die auf seiten der EG bisher geltend gemachte Priorität der vertieften Integration gegenüber einer Erweiterung der Mitgliedschaft macht einer neuen, gesamteuropapolitischen Sichtweise Platz. So wird nun laut über die Perspektive einer aus über zwanzig Mitgliedern bestehenden EG nachgedacht. Eine derartige Erweiterung hätte weitreichende Konsequenzen für die institutionellen Reformen.

Mit fortschreitender Integration erhält die EG zunehmendes geopolitisches Gewicht, und sie ist denn auch daran, ihre Aussenbeziehungen nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb Europas zügig auszubauen. Dies wirkt sich wiederum auf die Stellung der übrigen europäischen Länder aus, da aus aussereuropäischer Sicht die EG mehr und mehr für Europa dasteht. Sie ist die mit Abstand grösste Handelsmacht der Welt, und die schrittweise Vergemeinschaftung weiterer Wirtschafts- und Politikbereiche geht mit einer entsprechenden Stärkung des Aussenprofils der Gemeinschaft einher. So wird die Vollendung des gemeinsamen Marktes ihre Machtstellung gegen aussen in sämtlichen hiervon erfassten Wirtschaftsbereichen festigen. Wenn seitens der Handelspartner der EG Befürchtungen bezüglich einer "Festung Europa" geäussert worden sind, so hat dies weniger mit einem unvermeidlichen Hang der EG zum Protektionismus zu tun als vielmehr mit der Wahrnehmung des Machtzuwachses in Brüssel und dem daraus folgenden schärferen Aussenprofil der EG. Wieweit die EG künftig auf aussenpolitischer und sicherheitspolitischer Ebene eine Rolle zu spielen vermag, wird sich allerdings noch weisen müssen.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass zwar zahlreiche Elemente der weiteren EG-Entwicklung noch offen sind, dass aber die

wesentlichen Ziele feststehen, der Weg zur weiteren Integration - über die wirtschaftliche Dimension hinaus - vorgezeichnet und die zentrale Rolle der EG für die gesamteuropäischen Perspektiven vorgegeben sind. Eine erhebliche Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa ist ebenso absehbar wie die zunehmende Profilierung der EG in den Aussenbeziehungen.

EFTA im Sog der EG

Die in der EFTA zusammengeschlossenen westeuropäischen Länder haben zumindest eines gemeinsam: Sie sind alle mit der EG wirtschaftlich stärker verbunden als untereinander. Die Geschichte der EFTA ist denn auch weitgehend ein Spiegelbild der EG-Entwicklung. Bereits die Gründung der EFTA war eine Reaktion auf die Schaffung der EG: Die Freihandelsassoziation diente den nicht beitrittswilligen bzw. nicht beitrittsfähigen westeuropäischen Ländern als Instrument, um eine handelspolitische Spaltung Westeuropas zu vermeiden. Dieses Ziel wurde in bezug auf den industriellen Freihandel weitgehend erreicht, doch hat das EG-Binnenmarktprojekt inzwischen eine grundlegend neue Ausgangslage geschaffen. Die bestehenden Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Ländern und der EG sind nämlich inhaltlich und qualitativ nicht dazu geschaffen, um den Anschluss an den Binnenmarkt sicherzustellen. Entscheidend ist dabei das Erfordernis einer gewissen Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen. Wer vollumfänglich und undiskriminiert am Binnenmarkt teilnehmen will, muss folglich grundsätzlich bereit sein, das relevante EG-Recht zu übernehmen.

Wollen die EFTA-Staaten nicht vom gemeinsamen europäischen Markt ausgeklammert bleiben - was sie sich auf die Dauer gar nicht leisten könnten -, müssen sie zumindest auf ein binnenmarktähnliches Verhältnis zur EG hinarbeiten. Das Konzept des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) entspricht diesem Anliegen. Die Erkenntnis, dass dieses Ziel logischerweise eine weitgehende Anpassung an das

massgebende EG-Recht bedingt, und die im Laufe der EWR-Verhandlungen deutlich gewordenen politischen und institutionellen Vorgaben der EG haben zu einem Vertragsansatz geführt, der nicht an den herkömmlichen völkerrechtlichen Prinzipien und Kriterien gemessen werden kann. Vielmehr ist von einem Konzept auszugehen, das auf einer Harmonisierung wesentlicher Regelungen als Voraussetzung für einen homogenen EWR-Markt beruht, und dies im institutionell-rechtlichen Rahmen jenes Integrationsgebildes, das laufend an Gewicht und Tiefgang gewinnt, das heisst der EG.

Schon aufgrund dieser Ueberlegungen dürfte sich die Idee eines auf Dauer angelegten Mittelwegs zwischen Alleingang und EG-Beitritt als Verkennung der Tatsachen erweisen. Der Zielkonflikt zwischen dem Wunsch nach grösstmöglicher Wahrung der politischen Eigenständigkeit und dem Erfordernis weitestgehender wirtschaftlicher Integration lässt sich kaum vermeiden, auch nicht im Rahmen alternativer Formen der Zusammenarbeit. Beispielsweise müsste ein geringeres Mass an politisch-institutionellen Einschränkungen - soweit eine solche Option überhaupt besteht - notgedrungen mit einer substanzärmeren wirtschaftlichen Kooperation erkaufte werden.

Es ist daher naheliegend, dass auf EFTA-Seite zunehmend der Beitritt zur EG als kurz- oder mittelfristig einzig befriedigende Alternative erachtet wird. Selbst für die beitrittswilligen EFTA-Staaten stellt sich indes die Frage, ob der EWR eine obligatorische Etappe hin zum späteren Beitritt darstellt. Als EG-Kommissionspräsident Delors im Januar 1989 die dem EWR-Konzept zugrundeliegende Idee lancierte, schien diese Ueberlegung in der Tat zu Gevatter zu stehen: Die Vertiefung der EG-internen Integration hatte Vorrang vor einer Erweiterung der Mitgliedschaft, potentiellen Beitrittskandidaten sollte deshalb ein alternativer Rahmen der Zusammenarbeit angeboten werden. Im Zusammenhang mit den Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, die zu einer sehr labilen Situation geführt haben, und in Anbetracht der Beitritts-gesuche Oesterreichs und Schwedens ist diese Prioritätensetzung, wie bereits erwähnt, nicht mehr evident. Klar ist hingegen, dass

Oesterreich und Schweden bis zum Zeitpunkt des Beitritts verständlicherweise nicht vom EG-Binnenmarkt abgekoppelt bleiben möchten und daher auf jeden Fall eine Uebergangslösung anstreben, sei es mittels EWR-Vertrag oder in anderer Form. Für diejenigen EFTA-Mitglieder, die zum Beitritt nicht bzw. noch nicht bereit sind, drängt sich eine Zusammenarbeit mit der EG auf der Basis des EWR-Ansatzes erst recht auf.

Im übrigen steht fest, dass sich die EFTA-Länder der von der EG ausgehenden Dynamik so oder so nicht entziehen können. In allen EFTA-Staaten ist denn auch sowohl auf politischer wie auf wirtschaftlicher Ebene ein eindrücklicher Umdenkprozess in Gang gekommen. Zu beachten ist dabei, dass selbst in jenen Bereichen, die vom EWR-Projekt grundsätzlich nicht betroffen sind, der Handlungsspielraum als Folge der EG-Integration zunehmend eingeengt wird (Landwirtschaftspolitik, Finanz- und Steuerpolitik, Geld- und Währungspolitik, Beziehungen zu Drittländern).

Die EFTA-Beziehungen zu den mitteleuropäischen Staaten (CSFR, PL, H) seien hier als Beispiel angeführt. Die EFTA ist im Begriff, mit diesen Staaten asymmetrische Freihandelsabkommen auszuhandeln, wobei sie sich weitgehend am Vorgehen der EG orientiert - fast zwangsweise, wenn die EFTA-Länder auf diesen Märkten im Verhältnis zur EG nicht diskriminiert werden wollen. Indessen fehlt auf EFTA-Seite die politische Dimension sowie eine weitere Perspektive der Integration, Dimensionen, die den betreffenden mitteleuropäischen Ländern sehr wichtig sind. Hinzu kommt, dass der EG-Binnenmarkt diese Länder ebenso in seinen Bann zieht wie die EFTA-Staaten - die von der EG ausgehende Dynamik wirkt sich inzwischen auf gesamteuropäischer Ebene aus. Leider haben es die EFTA-Staaten versäumt, gegenüber den mitteleuropäischen Reformstaaten als Gleichgesinnte ("like-minded") aufzutreten und dadurch eine wirklich eigenständige Rolle zu spielen. Angesichts dessen scheint es zumindest undifferenziert, den mit einem EWR-Vertrag effektiv verbundenen Souveränitäts- und Autonomieverlust allzu hoch einzuschätzen - er dürfte mit oder ohne EWR eintreten. Effektivität wird unser Handlungsspielraum erst wieder mit einem

EG-Beitritt erlangen bzw. mit unserer Fähigkeit, anstelle einer zaghaften, oftmals reaktiven Politik eine engagierte Vorreiterfunktion mit Imagination und klaren Perspektiven auszuüben, und zwar sowohl an der Innen- wie an der Aussenfront.

Labile Verhältnisse im Osten Europas

Zwischen dem Integrationsprozess im Westen Europas und den uneinheitlichen Entwicklungen im Osten besteht eine auffallende Diskrepanz. Die Einbindung Mittel- und Osteuropas in eine gesamteuropäische Struktur ist fraglos mit weit grösseren objektiven Schwierigkeiten verbunden als der Einbezug der EFTA-Staaten. Die ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas sind ja mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Zum einen gilt es die politische Reform, soweit sie bereits in die Praxis umgesetzt ist, zu konsolidieren; zum andern ist die Wirtschaftsreform voranzutreiben, wobei hier alle Länder noch einen langen, steinigen Weg vor sich haben. Die Hinwendung des europäischen Ostens zur Demokratie und zur Marktwirtschaft bietet die Gelegenheit, ein neues Europa auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen aufzubauen. Dies wird jedoch nur gelingen, sofern in den betreffenden Staaten umfassende Strukturreformen durchgeführt werden und falls dieser Transformationsprozess seitens der westlichen Industrieländer, insbesondere der westeuropäischen, ausreichend unterstützt wird.

Beide Elemente stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Ohne adäquate Unterstützung von aussen sind die Reformbemühungen praktisch zum Scheitern verurteilt. Andererseits ist z.B. eine noch so grosszügige Finanzhilfe wenig wirksam, wenn die erforderlichen Bedingungen in den Empfängerländern nicht vorhanden sind - davon zeugen die Erfahrungen mit zahlreichen Entwicklungsländern. Das Problem ist nur: Welche Reform- und Unterstützungsmassnahmen sind in welcher Abfolge und in welchem zeitlichen Rhythmus zu treffen?

Das Beispiel der deutschen Wiedervereinigung lässt sich zwar aus offensichtlichen Gründen nicht nachahmen, doch können daraus immerhin wichtige Lehren gezogen werden. Die entscheidende Besonderheit des Uebergangs in den ostdeutschen Bundesländern bestand darin, dass sowohl das wirtschafts- und ordnungspolitische Modell wie auch die entsprechenden politischen und institutionell-rechtlichen Rahmenbedingungen vorgegeben waren und vollumfänglich übernommen wurden. Dies ist bei den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht der Fall. Vielmehr müssen sie den neuen politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Rahmen aus eigener Kraft erarbeiten, was von der gesamten Gesellschaft ein radikales Umdenken erfordert. Es erstaunt daher nicht, dass jedes Land eigene Mittel und Wege zur unerlässlichen Reform sucht. Daraus ergibt sich ein unterschiedlich verlaufender, schrittweiser Prozess in Richtung eines Zieles, das der Konkretisierung bedarf und worüber nicht überall ein Konsens vorhanden ist. So ist es keineswegs zwingend, dass sich diese Länder nach dem ordnungspolitischen Modell beispielsweise Schwedens oder Deutschlands richten; aufgrund ihrer vergangenen Erfahrungen mit dem Staatsinterventionismus könnten sie zum Teil durchaus liberaleren Konzepten den Vorzug geben. Zu beachten ist hierbei, dass sich die Länder Mittel- und Osteuropas stark voneinander unterscheiden, u.a. in bezug auf Grösse, Wirtschafts- und Aussenhandelsstruktur, den Stand des Reformprozesses sowie die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Lage. Wesentlich im Transformationsprozess ist, dass möglichst rasch der "point of no return" überschritten wird, denn Fortschritte auf einem Gebiet haben Synergieeffekte in andern Bereichen zur Folge und bewirken dadurch eine Dynamik auf breiter Front. Mitteleuropa (d.h. Polen, die CSFR und Ungarn) hat diesen Stand weitgehend erreicht, während die Verhältnisse in den ost- und südosteuropäischen Ländern weniger gefestigt sind.

Den bedeutendsten und selbstverständlich gewichtigsten Unsicherheitsfaktor für die sich abzeichnende neue europäische

Architektur bildet die Sowjetunion. Zwar ist nach dem gescheiterten Putsch der konservativen Kräfte der Weg für konsequente politische und wirtschaftliche Reformen frei geworden, doch lassen der Zerfall der Institutionen und die damit einhergehenden Tendenzen zur Verselbständigung der Republiken, die katastrophale Wirtschaftslage, die schweren Hypotheken der kommunistischen Kommandowirtschaft und die Apathie der Bevölkerung keine gradlinige Entwicklung voraussagen. Entscheidend ist hier die rasche Erarbeitung einer neuen "konstitutionellen" Basis, welche den Uebergangsprozess in den Republiken bei gleichzeitiger Ausscheidung der Kompetenzen im Aussenverhältnis sicherstellt.

Zusammengefasst bietet sich im Osten folgendes Bild: Die mitteleuropäischen Länder (PL, CSFR, H) befinden sich gegenwärtig in der äusserst delikaten Phase des Uebergangs, die nach wie vor Schwierigkeiten, Unsicherheiten, Frustrationen sowie alte und neue Spannungen mit sich bringt. Der "point of no return" ist indessen grundsätzlich überschritten, das heisst man kann davon ausgehen, dass der Uebergang zur Marktwirtschaft, möglicherweise mit punktuellen Rückschlägen, mit Bestimmtheit fortgesetzt wird und dass dabei die EG als zentrale politische und wirtschaftliche Orientierungsgrösse fungiert. Die Chancen stehen gut, dass die baltischen Staaten die Gruppe der Mitteleuropäer einholen werden. Labil bleibt demgegenüber die Lage in Rumänien, Bulgarien, Albanien und Jugoslawien - der Einbezug dieser Länder in die europäische Integration bleibt das Ziel, wird aber allseits grösster Anstrengungen und eines differenzierten Vorgehens bedürfen. Nochmals anders gelagert ist der Fall Sowjetunion. Allein die über Europa weit hinausreichende Dimension dieses Staats lässt dessen Krise als eher globales denn als rein europäisches Problem erscheinen. Ob das riesige Russland sich dereinst als voll europäisches Land verhalten oder eher globale Machtansprüche erheben und danach handeln wird, ist vorderhand ungewiss. Der Einbezug der Sowjetunion in die gesamteuropäische Architektur ist zweifelsohne erwünscht. Die direkte Mitwirkung der Union bzw. ihrer Republiken am Integrationsprozess liegt freilich auf einer

andern Ebene und dürfte mit wichtigen Fragezeichen versehen bleiben.

Strategien zur Integration des europäischen Ostens

Es ist offensichtlich, dass Westeuropa eine besondere Verantwortung für den Brückenschlag zum Osten Europas trägt. Westeuropa wird ein solcher Brückenschlag in besonderem Mass zugute kommen, während umgekehrt eine Destabilisierung Osteuropas und der Sowjetunion unabsehbare Folgen hätte.

Nicht zufälligerweise nimmt die EG bei der Unterstützung Osteuropas wiederum eine Führungsrolle ein. Im Nachgang zum Pariser Wirtschaftsgipfel von 1989 hat die EG-Kommission den Vorsitz eines neuen Forums, der G-24, zur Koordination der Unterstützung Mittel- und Osteuropas (bisher unter Ausklammerung der Sowjetunion) übernommen. Was zu Beginn eine eher lockere Absprache über bilaterale Vorhaben zugunsten Polens und Ungarns darstellte, hat sich inzwischen zu einer weiter gespannten Koordinationsübung entwickelt, die - in Absprache mit den wichtigsten internationalen Organisationen - ein breites Spektrum der wirtschaftlichen Unterstützung abdeckt (Nahrungsmittellieferungen, finanzielle und technische Hilfe, Umwelt- und Energiepolitik, Investitionspolitik).

Trotz der zentralen Stellung der EG und ihres PHARE-Programms sollte freilich die wichtige Funktion der kompetenten multilateralen Wirtschafts- und Finanzorganisationen nicht übersehen werden. Währungsfonds und Weltbank, die neu gegründete Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) sowie die OECD sind aufgerufen, dem europäischen Osten ihrem Aufgabenbereich und spezifischen "Know-how" entsprechend Unterstützung zukommen zu lassen.

Im Falle der Sowjetunion ist eine enge Koordination der internationalen Hilfsprogramme angesichts des enormen Mittelbedarfs

erst recht unerlässlich. Die erwähnten Institutionen werden auch hier eine sinnvolle und effiziente Arbeitsteilung vornehmen müssen. Wer dabei die Führungsrolle übernehmen wird, steht noch nicht fest; die alle westlichen Industrieländer umfassende OECD wäre für diese Aufgabe bestimmt besonders geeignet.

So oder anders ist die EG ihrerseits daran, ihre Politik gegenüber dem Osten Europas gründlich zu überdenken. Sie verhandelt gegenwärtig mit Ungarn, der CSFR und Polen über Assoziationsabkommen neuer Prägung und erwägt den Abschluss derartiger Übereinkommen auch mit Rumänien, Bulgarien und Albanien. Wie weit die politische Dimension dieser Abkommen reichen wird, steht noch nicht definitiv fest. Als Folge der Ereignisse in der Sowjetunion ertönt EG-intern jedoch deutlich der Ruf nach einer stärkeren Einbindung dieser Länder auch in politischer Hinsicht; deren späterer Beitritt zur EG dürfte jedenfalls auch unter sicherheitspolitischen Aspekten zunehmend befürwortet werden.

Die bisherige Zurückhaltung Brüssels gegenüber den Unterstützungsbegehren der UdSSR macht ebenfalls einer Neubeurteilung Platz. Je nachdem, wie das neue Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Republiken schliesslich definiert sein wird, gilt es die Unterstützungskonzepte auszugestalten. Die Sowjetunion und ihre Teilrepubliken dürften sich übrigens bei der Suche nach neuen Staats- und Wirtschaftsstrukturen auch auf die Integrationserfahrungen der EG stützen, blickt doch die Sowjetunion ebenfalls nach Westen und könnte damit in die Lage kommen, zum gesamteuropäischen Integrationsgeschehen direkter beizutragen. Drei wirtschaftliche Zusammenarbeitsmodelle kommen für die sowjetischen Republiken grundsätzlich in Frage: eine Zollunion, ein gemeinsamer Markt und eine Wirtschafts- und Währungsunion.

Zwischen der EG und der Sowjetunion besteht im übrigen seit April 1990 ein Handels- und Kooperationsabkommen, mit dem unter anderem Investitionen gefördert werden sollen. Indes ist die Notwendigkeit einer massiven finanziellen Unterstützung der Sowjetunion

- 16 -

eigentlich nur noch eine Frage der Zeit. Angesichts der in allen Industrieländern bestehenden Budgetengpässe und der Anspannung der Finanzmärkte dürfte dies kein leichtes Unterfangen darstellen.

Es versteht sich, dass auch die EFTA-Staaten aufgerufen sind, das Ihre zum Brückenschlag mit dem europäischen Osten beizutragen. Parallel zur EG handeln sie gegenwärtig, wie bereits erwähnt, asymmetrische Freihandelsverträge mit Ungarn, der CSFR und Polen aus und beteiligen sich an den finanziellen und technischen Hilfsmassnahmen des Westens.

So sehr Westeuropa ein eminentes Interesse an der Schaffung stabiler, marktwirtschaftlicher Verhältnisse im Osten Europas hat, ist der Einbezug dieser Länder in die europäische Integration natürlich auch mit Interessenkonflikten verbunden. Dies zeigt sich deutlich bei den Verhandlungen mit Ungarn, Polen und der CSFR, namentlich in bezug auf den Marktzugang jener Produkte, für welche diese Länder besonders konkurrenzfähig sind (Agrarerzeugnisse, Textilien und Bekleidung, Kohle und Stahlprodukte). Die EG-Aussenminister haben diesen Aspekt vor wenigen Tagen neu geprüft, ohne bereits zu einem klaren Positionsbezug zu gelangen. Ähnliches gilt für die EFTA-Länder - der Wunsch nach engeren Beziehungen zu Osteuropa ist das eine, deren Konsequenzen zu akzeptieren das andere. Auch die finanzielle und technische Hilfe impliziert Opfer- und Anpassungsbereitschaft auf unserer Seite, und zwar nicht nur der Kosten wegen, denn der Wiederaufbau und die Eingliederung Osteuropas soll ja zu höher entwickelten, leistungsfähigeren Wirtschaftsstrukturen führen. Folglich müssen wir auch bereit sein, unsere Märkte für die Ostprodukte zu öffnen und uns neuen Konkurrenten auf Drittmärkten zu stellen. Je langwieriger aber der Annäherungsprozess namentlich der mitteleuropäischen und baltischen Staaten an die EG sein wird, desto grösser wird die Wahrscheinlichkeit, dass als Uebergangslösung neue subregionale Integrationsstrukturen entstehen.

Gesamteuropäische Integrationsszenarien

Angesichts der Unsicherheiten im aktuellen europapolitischen Umfeld ist es nützlich, von Szenarien auszugehen. Setzt man einen schrittweisen, aber trotzdem zielstrebigen Uebergangsprozess in Mittel- und Osteuropa und in der UdSSR voraus, lassen sich mögliche gesamteuropäische Integrationsszenarien in Abhängigkeit der EG-internen Entwicklungen skizzieren. Letztere werden freilich, wie ich unterstrichen habe, wiederum von den Vorgängen rund um die EG nachhaltig beeinflusst.

Szenario 1

Die EG (oder wenigstens ein Teil der Mitgliedstaaten) verwirklicht die Wirtschafts- und Währungsunion und eine substantielle politische Union relativ rasch und schafft damit eine solide Basis für die Erweiterung des Mitgliederkreises. Die EG als "Kerneuropa" wird auf diese Weise eine immer stärkere Sogwirkung auf das restliche Europa ausüben und auch über die notwendige politische und wirtschaftliche Potenz verfügen, um die Neukonstruktion Europas voranzutreiben. Dies ist das dynamischste Szenario, das bereits in absehbarer Zeit eine grössere Erweiterung der EG ermöglichen würde.

Szenario 2

Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der politischen Union verzögert sich erheblich, sei es aus internen Gründen, sei es infolge des Drucks einer zunehmenden Zahl beitrittswilliger Länder. Dies würde eine relative Schwächung der EG-Dynamik bedeuten, während sich die Position und Rolle Deutschlands in Europa weiter verstärken dürfte.

Szenario 3

Die Integration der EG wird auf allen Ebenen fortgeführt (namentlich in bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die politische Union), aber in mässigem Rhythmus und ohne rasche Durchbrüche in zentralen Fragen (z.B. betreffend eine gemeinsame Währung). Es handelt sich hier um ein zwischen den ersten zwei

Szenarien angesiedeltes mittleres Szenario. Die gesamteuropäische Integration käme voran, aber das Integrationspotential bliebe unausgeschöpft. Die Einbindung der EFTA-, mittel- und osteuropäischen Länder dürfte etappenweise erfolgen, mit möglicherweise schwankenden Prioritäten der EG.

Fazit: Kein Szenario ist a priori auszuschliessen. Der europäische Integrationsprozess wird indes so oder anders an Breite und Tiefe gewinnen, sei es in rascherem oder in gemächlicherem Tempo. Das vielzitierte Konzept der drei konzentrischen Kreise dürfte bereits überholt sein, denn die rasche Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Landschaft Europas hat bei den EG-Mitgliedern wie bei den Nichtmitgliedern einen Stimmungswandel bewirkt, der voraussichtlich alternierende Prioritätensetzungen nach sich ziehen wird.

Konklusion

Damit komme ich zum Schluss meiner Darlegungen und zurück zur Ausgangsfrage: Gibt es eine gesamteuropäische Integrationsdynamik? Alle Anzeichen deuten darauf hin, auch wenn zahlreiche Unsicherheitsfaktoren vorhanden sind, sowohl im Westen wie - in weit stärkerem Mass - im Osten Europas. Die tiefgreifenden Veränderungen in Europa innert kürzester Zeit sollten auf jeden Fall Grund genug sein, althergebrachte Vorstellungen und Denkschemata beiseitezulegen und stattdessen die gewaltigen Herausforderungen, die sich uns stellen, offen und innovativ anzugehen. Dies bedeutet zunächst, dass jetzt eine neue, gesamteuropäische Vision der Integration notwendig ist. Deren zeitliche Staffelung und Intensität, mit der EG als Kerneuropa, ist eine Funktion sowohl der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen europäischen Ländern als auch des Fortgangs des EG-internen Integrationsprozesses. Die Integration kann auf vielfältige Weise und auf unterschiedlichen Ebenen vorangetrieben werden - auch in dieser Hinsicht kann und soll differenziert vorgegangen werden. Beispielsweise erfordert der Zerfall der Zentralregierun-

gen in der UdSSR und in Jugoslawien ein Umdenken, sei es auf dem Gebiet der Handelspolitik, der Zahlungsbilanz- und Finanzhilfe oder der privaten Investitionen. Das gesamteuropäische Umfeld bleibt vorerst politisch labil - damit werden wir für einige Zeit zu leben haben. Akzeptieren müssen wir auch die enorme Beanspruchung der Finanzmärkte wegen des Kapitalbedarfs im Osten Europas. Mittel- und langfristig wird sich unser Einsatz mit Sicherheit lohnen, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus Schweizer Sicht ziehen? Wir haben durchaus ein Interesse an einer starken EG. Die von ihr ausgehende Integrationsdynamik rüttelt uns wach und zwingt uns, eine grundsätzliche, selbstkritische Standortbestimmung vorzunehmen. Eine aktive Beteiligung am Wiederaufbau und an der Eingliederung des europäischen Ostens ist ebenfalls ein Muss. Was unsere künftige Stellung in Europa betrifft, so stehen wir vor der Option, entweder den sich beschleunigenden Integrationsprozess aktiv und direkt mitzugestalten (Ziel eines EG-Beitritts) oder ausserhalb zu bleiben und danach zu trachten, die erforderliche Zusammenarbeit und Kompatibilität mittels Abkommen und einseitiger Anpassung sicherzustellen. Ob die zweite Variante überhaupt realistisch ist, darf bezweifelt werden. Unrealistisch wäre es auch, im EWR einen dauerhaften Mittelweg zwischen Beitritt und Alleingang zu sehen. Wir kommen nicht darum herum, unser Verhältnis zu dem sich bildenden gesamteuropäischen Integrationsgefüge neu zu definieren, und wir haben auf jeden Fall ein eminentes Interesse an einer erfolgreichen Fortführung dieses Integrationsprozesses. Dass wir ihn letztlich nur als vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied der massgebenden Europäischen Gemeinschaft mittragen und mitgestalten können, ist eine Realität, die es anzuerkennen gilt.

PRESSEMITTEILUNG

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates hat am 13. September in Bern unter dem Vorsitz von Edgar Oehler (CVP/SG) und im Beisein von Staatssekretär Franz Blankart, Botschafter Jenö Staehelin sowie hohen Beamten des EDA und des EVD getagt.

Nach den Ereignissen in den ehemaligen Ostblockländern liess sich die Kommission informieren über die Probleme, mit denen diese Länder konfrontiert sind, sowie über die Hilfe, welche die Schweiz diesen entstehenden Demokratien leisten will.

Die Kommission verlangte nähere Auskunft über die Verwendung und die Verteilung des ersten Rahmenkredits für Wirtschaftshilfe von 250 Millionen Franken, der am 13. März 1990 bewilligt wurde, sowie über das zweite Paket von 800 Millionen Franken, über das der Bundesrat die Öffentlichkeit nächstens orientieren wird.

Ausserdem wurde die Kommission orientiert über die Anstrengungen, welche die EFTA-Länder unternehmen, um unsere Märkte Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu öffnen und die Beziehungen mit Bulgarien und Rumänien zu verstärken. Unser Land ist sich bewusst, dass diese Öffnung im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte einige Probleme stellen wird. Man darf indessen nicht vergessen, dass die mittel- und osteuropäischen Länder ein bedeutendes Handelspotential darstellen und dass die zu dessen Förderung erforderlichen Mittel bereitgestellt werden müssen.

Bern, den 16. September 1991

Parlamentsdienste
Fachdienst II

COMMUNIQUE DE PRESSE

La commission des affaires économiques du Conseil national s'est réunie le 13 septembre à Berne sous la présidence de M. Edgar Oehler (PDC/SG), et en présence de M. le Secrétaire d'Etat Franz Blankart, de M. l'Ambassadeur Jenö Staehelin, ainsi que de hauts fonctionnaires du Département des affaires étrangères et du Département de l'économie publique.

Après les événements survenus dans les anciens pays du bloc de l'Est, la Commission a tenu à être informée, d'une part, sur les problèmes auxquels sont confrontés ces pays, et d'autre part, sur l'aide que la Suisse veut apporter à ces démocraties naissantes.

La Commission a demandé des précisions sur l'utilisation et la répartition du premier crédit-cadre d'aide économique de Sfr. 250 mio, lancé le 13 mars 1990, ainsi que sur le deuxième paquet de Sfr. 800 mio que le Conseil fédéral devrait rendre public très prochainement.

En outre, la Commission a également été orientée sur les efforts qu'entreprend l'Association de Libre-Echange (AELE) pour ouvrir nos marchés à la Pologne, la Hongrie et la Tchécoslovaquie, ainsi que pour renforcer les relations avec la Bulgarie et la Roumanie. Notre pays est conscient que cette ouverture posera quelques problèmes dans le domaine des produits agricoles. Cependant, il ne faut pas oublier que les pays de l'Europe centrale et orientale représentent un potentiel commercial important et que les moyens nécessaires pour le développer doivent être mis en place.

Berne, le 16 septembre 1991

Services du Parlement

Service spécialisé II